



Integrationskonzept der Stadt Frankfurt (Oder)



Kontakt

Stadt Frankfurt (Oder)
Integrationsbeauftragte
Logenstraße 8
15230 Frankfurt (Oder)
E-Mail: emanuela.falenczyk@frankfurt-oder.de
Tel: 0335-552 1330

Frankfurt (Oder), 2020



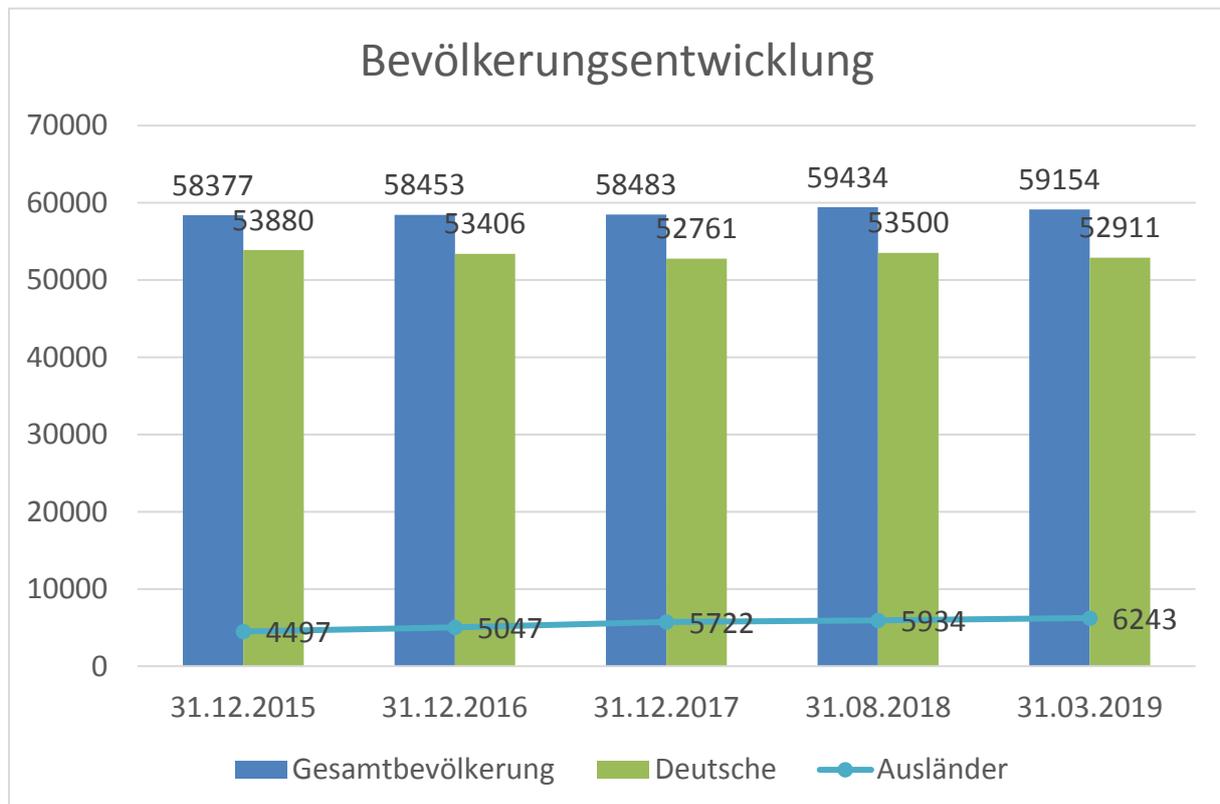
Inhalt

1	Einführung.....	5
1.1	Definitionen.....	7
1.1.1	Migrationshintergrund	7
1.1.2	Ausländer*in	8
1.1.3	Integration	8
1.2	Die Integrationsleitlinien von Frankfurt (Oder)	9
2	Handlungsfelder: Ziele und Maßnahmen.....	11
2.1	Bildung.....	11
2.1.1	Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung	12
2.1.2	Schulische Bildung	15
2.1.3	Ziele, Teilziele und Maßnahmen Frühkindliche/Schulische Bildung.....	16
2.1.4	Übergang Schule Beruf.....	18
2.1.5	Berufliche Bildung.....	19
2.1.6	Hochschulbildung	19
2.1.7	Leitziele, Teilziele und Maßnahmen Übergang Schule – Beruf/Studium.....	21
2.1.8	Erwachsenenbildung / Sprachförderung.....	23
2.1.9	Leitziele, Teilziele und Maßnahmen Erwachsenenbildung/Sprachförderung ...	24
2.2	Gesundheit.....	25
2.2.1	Ziele und Maßnahmen Gesundheit.....	26
2.3	Arbeit und Qualifizierung	28
2.3.1	Ziele und Maßnahmen Arbeit und Qualifizierung	29
2.4	Gesellschaftliche Teilhabe	31
2.4.1	Gesellschaftliche und politische Partizipation	31
2.4.2	Leitziel, Teilziele und Maßnahmen Gesellschaftliche Partizipation	31
2.4.3	Stärkung der politischen Partizipation	32
2.4.4	Leitziel, Teilziele und Maßnahmen politische Partizipation.....	33
2.4.5	Interreligiöser Dialog	34
2.4.6	Leitziel, Teilziele und Maßnahmen Interreligiöser Dialog.....	35
2.5	Beratung und Unterstützung	36
2.5.1	Leitziel, Teilziele und Maßnahmen Beratung und Unterstützung	36
2.6	Interkulturelle Öffnung.....	38
2.6.1	Interkulturelle Öffnung der Verwaltung.....	38

2.6.2	Leitziel, Teilziele und Maßnahmen Interkulturelle Öffnung der Verwaltung	39
2.6.3	Sprach- und Kulturmittler	40
2.7	Besondere Verantwortung für geflüchtete Menschen	40
2.7.1	Leitziel, Teilziele und Maßnahmen besondere Verantwortung für Geflüchtete	41
3	Evaluation und Fortschreibung	43
4	Übersicht Frankfurter Beratungs- und Unterstützungsangebote	44

1 Einführung

Frankfurt (Oder) ist eine stetig internationaler werdende Stadt. Die folgende Abbildung zeigt die Bevölkerungsentwicklung in Frankfurt (Oder) seit dem Jahr 2015, in dem besonders viele Menschen aufgrund von Krieg und Vertreibung nach Deutschland flüchteten.



Quelle: Kommunale Statistikstelle I

Von den knapp 58.000 Einwohner*innen unserer Stadt haben über 6.000 keine deutsche Staatsangehörigkeit und somit einen Migrationshintergrund (Vgl. 1.1.1 Migrationshintergrund). Dies entspricht mehr als 10 % der Frankfurter Gesamtbevölkerung). Während der Anteil der Einwohner*innen mit deutscher Staatsangehörigkeit seit dem Jahr 2015 sinkt, steigt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund und somit auch die kulturelle, sprachliche und religiöse Vielfalt in der Stadtgesellschaft.

Mit ihrer polnischen Nachbarin Słubice bildet die Kommune die europäische Doppelstadt Frankfurt (Oder)-Słubice. Mehr als 2.200 polnische Bürger*innen leben in Frankfurt (Oder), auf der anderen Seite der Oder in Słubice haben über 300 Deutsche ihr Zuhause gefunden (Kommunale Statistikstelle/Einwohnermelderegister, 31.12.2018). Beide Kommunen arbeiten in vielen zentralen Bereichen der Stadtentwicklung – Verkehr, Bildung, Tourismus, Energie, Katastrophenschutz, Gesundheit, Kultur, Sport – grenzüberschreitend zusammen.

An der Frankfurter Europa-Universität Viadrina und dem in Stübice befindlichen Collegium Polonicum studieren Menschen aus über 109 Ländern (Studierendenstatistik Sommersemester 2020). In den ortsansässigen Unternehmen und Einrichtungen, besonders im Bereich Forschung und Entwicklung, sind Mitarbeitende aus aller Welt beschäftigt. Insgesamt leben in Frankfurt (Oder) Menschen aus über 100 Ländern, die die Vielfalt und das Miteinander in der Stadt prägen.

Die Integration der Zugewanderten ist eine zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgabe und hat einen hohen Stellenwert für ein konfliktarmes Zusammenleben. Eine gelingende Integrationspolitik fördert nicht nur die Vielfalt in der Stadt, sondern trägt auch entscheidend zu einem angenehmen sozialen Klima bei. Das friedliche und respektvolle Zusammenleben und -wirken von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion kann Frankfurt (Oder) zu einer lebenswerten und weltoffenen Stadt machen. Dafür gibt das vorliegende Konzept einen Weg vor.

Das vorliegende Integrationskonzept gibt den Rahmen der Integrationsbestrebungen der Stadt Frankfurt (Oder). Als Grundlage dienen die im Jahr 2017 von den Stadtverordneten bestätigten Leitlinien (siehe Punkt 1.2.). Sie sind das Ergebnis der 1. Frankfurter Integrationskonferenz, die im Dezember 2015 stattfand. Darauf fußt das gemeinsame Verständnis von Integration, das als Maßstab für die Ausrichtung der Frankfurter Integrationspolitik dient. Das vorliegende Konzept ist das Resultat eines umfangreichen Beteiligungs- und Diskussionsprozesses vieler Akteur*innen unter Mitwirkung des Integrationsbeirates und des THINK-Netzwerkes¹ sowie einer fachbereichsübergreifenden Projektgruppe der Stadtverwaltung. Im Herbst 2019 fanden zu jedem Handlungsfeld Workshops statt, zu denen sowohl Akteur*innen der Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft eingeladen waren. In diesen Workshops wurden die Leitziele, Teilziele und Maßnahmen entwickelt, welche in jedem Handlungsfeld zu finden sind.

Es werden hiermit konkrete Maßnahmen und Ziele formuliert, die der nach wie vor bestehenden Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in Bezug auf Bildungschancen und gesellschaftliche Partizipation entgegenwirken sollen. Die erfolgreiche Integration von Migrant*innen stellt eine demokratische Notwendigkeit dar und ist auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt von herausragender Bedeutung. Integration wird hierbei als ein wechselseitiger Prozess verstanden, der sich sowohl an Zugewanderte als auch an die alteingesessene Gesellschaft richtet, die gegenseitig

¹ Das THINK-Netzwerk ist ein Zusammenschluss von Akteuren in der Integrationsarbeit. Das Netzwerk wird von der Integrationsbeauftragten koordiniert und trifft sich regelmäßig zu Netzwerktreffen und bereitet u.a. die Interkulturelle Woche vor.

voneinander lernen und profitieren können. Auch alle Fachämter der Kommune waren mit ihren Kompetenzen und Ressourcen als wesentliche Akteur*innen im Prozess gefragt. Nach zwei Integrationskonferenzen (2015 und 2016) und einem verwaltungsinternen Workshop (Integration steuern und gestalten, 2017) wurden die Probleme identifiziert. Nun galt es, Maßnahmen zu entwickeln, die diesen entgegensteuern und auf lange Sicht den Prozess der gesamtgesellschaftlichen Integration institutionalisieren und optimieren. Ein Instrument hierfür stellt das Kommunale Integrationszentrum dar, das 2019 eröffnet wurde.

In der Stadt gibt es darüber hinaus eine Vielzahl an Bildungsträgern, Vereinen, Verbänden, Initiativen und Organisationen, die sich ausschließlich oder teilweise den Belangen von Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten widmen. Einige gibt es bereits seit mehreren Jahrzehnten, andere wurden erst nach 2015 gegründet. Im Punkt 4. ist eine aktuelle Übersicht dieser Einrichtungen zu finden. Aufgrund der vielfältigen und ständigen Entwicklung in diesem Bereich wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, die Liste wird jedoch ständig aktualisiert.

Ein zentrales Anliegen des Integrationskonzeptes ist es, keine speziellen Formate für Menschen mit Migrationshintergrund zu schaffen, sondern diese in bestehende Angebote zu integrieren, die für alle zugänglich sind. Hierfür ist es v.a. notwendig, dass Sprachbarrieren abgebaut werden. Dies kann bspw. durch die Nutzung von Leichter Sprache, mehrsprachige Mitarbeiter*innen, mehrsprachige Arbeitsmaterialien und/oder durch die Sprachförderung vom Kindesalter an geschehen.

Im Folgenden geht das Konzept auf wichtige Definitionen und die beschlossenen Leitlinien ein. Im Anschluss daran beginnt die Auseinandersetzung mit den Handlungsfeldern und dazu erarbeiteten Zielen und Maßnahmen. Abgeschlossen wird das Konzept mit einem Ansatz zur Evaluation, welches das Konzept als lebendiges Papier versteht, welches sich den Gegebenheiten anpassen muss und sich dadurch nicht als Endgültig versteht.

1.1 Definitionen

Im folgenden Abschnitt werden einige Begriffe definiert, die den Handlungsrahmen des Konzeptes feststellen und Begrifflichkeiten verbindlich für die Integrationspolitik der Stadt einrahmen.

1.1.1 Migrationshintergrund

Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer*innen, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedler*innen sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen. Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges und ihre Nachkommen gehören nicht zur Bevölkerung mit

Migrationshintergrund, da sie selbst und ihre Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind.²

1.1.2 Ausländer*in

Ausländer*in im Sinne des Aufenthaltsgesetzes ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist. Die gesetzliche Definition findet sich in §2 Abs. 1 des AufenthG und im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Dem Begriff des Ausländers haftet eine negative Bedeutung von „nichtdazugehörig“ oder „fremd“ an. Daher wird in dem vorliegenden Konzept eher der Begriff der/des Migrant*in bevorzugt verwendet. Der Begriff Ausländer*in wird in rechtlichen und z.T. nach wie vor in statistischen Zusammenhängen verwendet, da sie dort – zur Bezeichnung nichtdeutscher Staatsangehöriger - Teil der Fachsprache oder themenspezifischer Statistiken sind.

1.1.3 Integration

Die Stadt Frankfurt (Oder) versteht Integration als gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Sie verfolgt den Grundsatz, dass Bürger*innen sich frei von Diskriminierung am sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben der Stadt beteiligen können, unabhängig von ihrer Herkunft, religiösen Überzeugung, körperlichen Eigenschaften oder Geschlecht und sexuellen Identität.

Das Leben in unserer pluralistisch orientierten Gesellschaft ermöglicht – auf Basis der Akzeptanz von Menschen- und Grundrechten – eine Vielfalt von Wertvorstellungen und Lebensstilen. Eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Migrationshintergrund heißt nicht, dass diese ihre eigenen Traditionen aufgeben müssen. Integration bedeutet somit nicht eine durchgehende Vereinheitlichung von Wertvorstellungen oder eine einseitige Anpassung der Zugewanderten an die Mehrheitsgesellschaft. Vielmehr geht es um die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe und die Anerkennung von Vielfalt im Zusammenleben als Bereicherung.

Dies erfordert sowohl von den einheimischen Frankfurter*innen als auch von den Zugewanderten die Bereitschaft zu Veränderung und die Offenheit, einander mit Verständnis zu begegnen und ein neues gemeinsames Ganzes zu gestalten. Die gemeinsame Grundlage dabei bilden die Achtung des Grundgesetzes und die uneingeschränkte Akzeptanz der darin verankerten Regeln und Grundwerte.

Integration ist vor allem ein kontinuierlicher gegenseitiger Verständigungsprozess und bedarf sowohl der Mitwirkung der Zugewanderten als auch der Aufnahmegesellschaft. Ausgehend von diesem Verständnis kann Integration kein statischer Endzustand sein, sondern muss fortdauernd zwischen den neu Zuwandernden und den bereits vor Ort lebenden Menschen aktiv ausgehandelt werden. Integration ist nur dann erfolgreich,

² Statistisches Jahrbuch 2017 – Brandenburg

wenn jede und jeder ihren bzw. seinen Beitrag dazu leistet und sie somit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkannt wird.

Dem Gedanken des „Förderns und Forderns“ folgend setzt ein gelingender Integrationsprozess die Verantwortung der einheimischen Bevölkerung voraus, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Zugewanderten ermöglichen, sich in Frankfurt (Oder) eine Existenz aufzubauen. Von den Zugewanderten wiederum wird gleichzeitig erwartet, entsprechende integrationsfördernde Angebote wahrzunehmen und sich nach ihren jeweiligen Möglichkeiten und unter Anerkennung der Grund- und Menschenrechte in das gesellschaftliche Leben einzubringen.

Ein Ziel des Integrationsprozesses muss es sein, Menschen nicht nach ihrer Herkunft, sondern basierend auf ihren individuellen Potenzialen und Möglichkeiten zu sehen und diese zu fördern.

Integration kann nicht an einem Indikator festgemacht werden. Es können vier Dimensionen der Integration unterschieden werden:

Strukturelle Integration meint die Positionierung auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungssystem der Aufnahmegesellschaft (beispielhafte Indikatoren: Schulabschluss, Erwerbstätigkeit, Bezug von Transferleistungen).

Kulturelle Integration umfasst die Aneignung von kulturellem Wissen der Aufnahmegesellschaft (z. B. deutsche Sprachkenntnisse).

Soziale Integration zielt unter anderem auf die Eingebundenheit in die Aufnahmegesellschaft (z.B. soziale Kontakte zu Personen deutscher Herkunft).

Identifikative Integration weist auf den Stand der Verbundenheit mit der Aufnahmegesellschaft hin (z. B. Bleibe- oder Einbürgerungsabsichten).

Insbesondere bei den beiden letzteren Indikatoren bedarf es eines oft jahrzehntelangen Prozesses, der teilweise erst nach mehreren Generationen erreicht wird. Einen großen Einfluss haben hierbei auch die Herkunftsregion und Weltanschauung der Migrant*innen. Während Menschen aus dem Europäischen Ausland eine ähnliche kulturelle Prägung haben und somit die soziale und identifikative Integration schnell erreichen, gestaltet sich diese bei Migrant*innen, deren kultureller und ethnischer Hintergrund z.B. aus dem Arabischen oder Asiatischen Raum entspringt, meist mit mehr Herausforderungen.

1.2 Die Integrationsleitlinien von Frankfurt (Oder)

Aus dem dargelegten teilhabe- und dialogorientierten Verständnis von Integration ergeben sich nachfolgende Leitlinien. Sie bilden die Grundlage der Integrationspolitik der Stadt Frankfurt (Oder) und sind der „rote Faden“, an dem sich im Grundsatz das Handeln für die Stadtgesellschaft in der Integrationsarbeit orientiert. Sie werden offen und generell formuliert, um den konkreten Handlungsebenen der Integration einen allgemeinen Rahmen zu geben.

1. Leitlinie

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche des Handelns betrifft. Eine lebendige Bürgergesellschaft, die das Zusammenleben aktiv gestaltet und Verantwortung übernimmt, ist dabei ebenso wichtig wie das Engagement der Verwaltung.

2. Leitlinie

Gelingende Integration erfordert einen offenen Umgang miteinander, der geprägt ist von einer grenzüberschreitenden sozialen und kulturellen Vielfalt und gegenseitigem Respekt.

3. Leitlinie

Die Integrationspolitik und die damit verbundene Frage der Teilhabe von Zugewanderten setzen nicht aus der Defizit- und Problemperspektive an, sondern betonen Chancen und Potenziale für eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bereicherung der Gesamtgesellschaft.

4. Leitlinie

Grundlage der Integration ist die uneingeschränkte Akzeptanz der im Grundgesetz verankerten Regeln und Grundwerte durch alle Bürgerinnen und Bürger.

5. Leitlinie

Integration ist ein fortwährender und wechselseitiger Prozess, der von allen Seiten – von der Aufnahmegesellschaft und den Zugewanderten – ein hohes Maß an Engagement und Mitgestaltung erfordert. Unter der Maßgabe des Prinzips des „Förderns und Forderns“ müssen Zugewanderte in Frankfurt (Oder) die bestmöglichen Chancen erhalten, ihre Potenziale zu entfalten und zu nutzen. Damit einher muss die Bereitschaft der Zugewanderten gehen, Mitverantwortung für das Gelingen der Integration zu übernehmen und offen zu sein für neue Lernprozesse.

6. Leitlinie

Erfolgreiche Integration setzt eine verstärkte interkulturelle Öffnung aller Institutionen und Einrichtungen voraus – Angebote und Dienstleistungen werden so gestaltet, dass alle Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt, erreicht und beteiligt werden.

7. Leitlinie

Jeglichen Formen von Diskriminierung und Rassismus, Ausgrenzung und Intoleranz tritt die Stadt Frankfurt (Oder) entschieden entgegen.

2 Handlungsfelder: Ziele und Maßnahmen

Um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und zu fördern, muss Integrationsarbeit alle Handlungsfelder in unserer Gesellschaft einbeziehen. Integration ist dementsprechend eine Querschnittsaufgabe. Zentrale Handlungsfelder sind die Bereiche *Bildung, Gesundheit, Arbeit und Qualifizierung und soziale Teilhabe* sowie Prozesse der *Interkulturellen Öffnung*. Oftmals bedingen sich diese und sie müssen daher im Zusammenhang gesehen werden.

Im Folgenden werden die Handlungsfelder mit den jeweiligen Themenschwerpunkten sowie den grundsätzlichen Zielstellungen der städtischen Integrationsbemühungen in diesem Bereich skizziert. Es werden gleichzeitig Maßnahmen formuliert, die zum Erreichen dieser Ziele notwendig sind. Die Formulierung der Ziele, Teilziele und Maßnahmen wurde im Rahmen von Workshops mit Verwaltung, öffentlichen und privaten Trägern und Institutionen Ende 2019 erarbeitet. Sie bilden somit eine gemeinsame Arbeitsgrundlage die bereits eine breite Zustimmung in der Gesellschaft erreicht hat. Bei allen Maßnahmen sind die besonderen Bedarfe von Frauen und LSBTIQ*-Personen mit Migrationshintergrund besonders zu berücksichtigen und Angebote und ggf. Schutzmaßnahmen vorzusehen. Dies betrifft Sprachunterricht, Bildungs- und Beratungsangebote für spezifische Zielgruppen, Unterstützungsmöglichkeiten bei Fällen von Diskriminierung und Gewalt und deren niedrigschwellige Kommunikation sowie die Sensibilisierung und Weiterbildung von Trägern und Dritten. Zudem ist die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, Bildungsangebote und gesellschaftlicher Partizipation zu berücksichtigen und insbesondere Frauen die Teilnahme zu ermöglichen.

2.1 Bildung

Bildung und Sprachförderung nehmen bei der Schaffung von Rahmenbedingungen für eine breite gesellschaftliche Teilhabe eine Schlüsselrolle ein. Die Stadt Frankfurt (Oder) erhebt den Anspruch, den Zugang zu Bildung und zu Angeboten zum Erwerb der deutschen Sprache in allen Bildungsetappen zu gewährleisten – angefangen von der frühkindlichen über die schulische Bildung, über Berufsausbildung und Studium bis hin zum lebenslangen Lernen.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen bedarfsgerecht gefördert werden, um schon früh die Weichen für eine erfolgreiche Entwicklung zu stellen.

Der Erwerb von Wissen, Zusatzqualifikationen und Kompetenzen im Rahmen der persönlichen Weiterentwicklung und der Förderung von Integrationsbemühungen ist jedoch auch ein Prozess, der mit dem Erwerb eines Berufs- oder Hochschulabschlusses nicht endet. Im Zuge des lebenslangen Lernens werden in Frankfurt (Oder) daher auch Bildungsangebote zur Integration und Weiterqualifizierung erwachsener Zugewanderte bereitgestellt. Formale, nonformale und informelle Bildungsangebote sollen sich dabei ergänzen, wechselseitig den Prozess des Lernens verstärken und somit Integrationsprozesse unterstützen. Auch die Bildungsberatung nimmt hierbei eine wichtige Rolle ein. Hierfür sollen auch die Möglichkeit der Jugendbeteiligung in der Bildung genutzt werden, insbesondere lebenswelt- und erfahrungsbezogene interkulturelle Bildung und Austauschangebote sowie praxisbezogenes Demokratielernen.

2.1.1 Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Kinder entwickeln ihre sozialen, emotionalen, kognitiven, motorischen und sprachlichen Fähigkeiten zunächst in ihren familiären und später zunehmend auch in weiteren sozialen Kontexten. Zuvorderst haben also Eltern auf Grundlage ihres natürlichen und verfassungsrechtlich garantierten Erziehungsvorrangs die Pflicht und Aufgabe, in der Familie geeignete Entwicklungsbedingungen zu schaffen³. Dabei wirken sich die finanziellen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Familien unmittelbar auf die Entwicklungschancen der Kinder aus. Zudem ist für das Heranwachsen der Kinder und Jugendlichen von zentraler Bedeutung, über welche Erziehungskompetenzen ihre Eltern verfügen, welche Bildungserfahrungen und Bildungsambitionen sie haben und ob sie erwerbstätig sind. Über diese Ressourcen verfügen Eltern bzw. Familien in sehr unterschiedlichem Maße. Eine Analyse von Mikrozensusdaten zum Bildungsstand und zu Risikofaktoren zeigt, dass Kinder mit Migrationshintergrund sehr viel häufiger in Familien leben, in denen die Eltern einen geringen Bildungsstand haben, weniger erwerbstätig sind und nur über geringe Familieneinkommen verfügen können⁴. All diese Erkenntnisse konnten auch in Frankfurt (Oder) bestätigt werden. Um die Chancengleichheit aller Kinder in Frankfurt (Oder) zu erhöhen wurde der Runde Tisch Zukunfts- und Bildungschancen für Kinder initiiert welcher sich unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft mit den Nachteilen auseinandersetzte die Kinder aus prekären Verhältnissen aufweisen. Eine gesonderte Förderrichtlinie wurde im Laufe des Jahres 2020 beschlossen.

Die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und erfolgreiche Bildungsverläufe sind untrennbar mit dem Erwerb deutscher Sprachkenntnisse verbunden. In Bezug auf

³ Art. 6 (2) Grundgesetz.

⁴ Autorengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2016, Bielefeld 2016, S. 168 f.

Kinder mit Migrationshintergrund, die zunächst mit einer anderen Sprache aufwachsen, hat die Förderung der deutschen Sprache im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) daher seit Jahren einen herausgehobenen Stellenwert. Kinder sollen und müssen so früh wie möglich vor allem auch sprachlich gefördert werden, um die soziale Integration zu verbessern, Teilhabe und Chancengleichheit im Bildungsgeschehen zu ermöglichen, soziale Risikolagen zu verringern und auf schulisches Lernen vorzubereiten.

Über die besondere Bedeutung des frühen Erwerbs sprachlicher Kompetenzen im Deutschen für die gesamte Bildungsbiografie besteht ein breiter Konsens im fachwissenschaftlichen Diskurs, in der politischen Debatte und in der öffentlichen Wahrnehmung. Da sich Kinder in ihren ersten Lebensjahren Sprachen besonders leicht aneignen, sollen insbesondere diejenigen Kinder, die mit einer anderen Muttersprache als Deutsch aufwachsen, möglichst frühzeitig und vor dem Schuleintritt Deutsch als Zweitsprache erwerben können. Die Kindertagesbetreuung ist mit den wachsenden Anforderungen des gesellschaftlichen Wandels zur Weiterentwicklung gefordert. Aufgaben wie Integration, Inklusion, Partizipation, Gleichheit und Vielfalt stehen im Fokus. Sprachentwicklung ist ein komplexer Prozess, bei dem Kinder auf ein sprachfreundliches Klima und adäquate Unterstützung angewiesen sind. Im System der FBBE bilden Sprachstandfeststellung und Beobachtungsverfahren zur Sprachentwicklung sowie eine daran anschließende alltagsintegrierte sprachliche Bildung einen Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit. Um sprachliche Bildungsprozesse für alle Kinder erfolgreich begleiten zu können und Kinder mit speziellem Unterstützungsbedarf gezielt zu fördern, bedarf es entsprechender Unterstützungsstrukturen im Kita-Alltag.

Durch den Bund, das Land und die Stadt werden daher zusätzliche personelle Ressourcen, Fachberatungsangebote, Fachmaterialien, Fortbildungs- und Praxishilfen zur Verfügung gestellt. So sind im Rahmen des Landesprogramms Sprachberatung zwei Sprachberaterinnen für alle Einrichtungen und in sieben Kitas im Rahmen des Bundesprogrammes „Sprach-Kita“ zusätzliche Fachkräfte im Einsatz. Weiterhin nehmen sechs Kitas am Landesprogramm „Kiez-Kita – Bildungschancen eröffnen“ teil.

Mehrsprachig aufwachsende Kinder sind charakteristisch für unsere Gesellschaft und sollten in ihrer Fähigkeit, sich in mehreren Sprachwelten zu bewegen, positiv bestärkt werden. Hierbei ist von besonderer Bedeutung, dass die jeweiligen Familienkulturen und-sprachen auch in den Alltag integriert werden.

Um sprachliche Bildungsprozesse für alle Kinder erfolgreich begleiten zu können und Kinder mit speziellem Unterstützungsbedarf gezielt zu fördern bedarf es verstärkt eines Einsatzes von Muttersprachler*innen. In Frankfurt (Oder) wird dies bereits in sieben Kitas mit einem deutsch-polnischen Konzept praktiziert. Darüber hinaus gibt es

in sieben weiteren Kindertagesstätten Englisch- oder Polnischangebote durch externe Partner. Der Immersionsansatz - das „Eintauchen in die Nachbarsprache“ - soll in Frankfurt durch gezielte Ermutigung und Unterstützung weiterer Kitas gestärkt und ausgebaut werden. Diese Erfahrungen können künftig auch für andere Sprachen genutzt werden.

In allen Kitas werden die Bedürfnisse von Kindern mit Migrationshintergrund u.a. wie folgt berücksichtigt:

- alle Kitas und Kindertagespflegestellen sollen mit geeigneten Maßnahmen eine Willkommenskultur für die verschiedensten Nationalitäten vorhalten
- Einsatz von Dolmetscher-Apps und Piktogrammen sowie Nutzung von Sprachmittlung
- Einsatz von unterstützenden Materialien in verschiedenen Sprachen (z.B. „Willkommen in unserer Kita“, „Grenzsteine der Entwicklung“, didaktische Materialien)
- thematische Fortbildungen (Teamveranstaltungen und kitaübergreifend) und punktuelle Beratung vor Ort (anlassbezogen)

In Familien mit Migrationshintergrund ist u.U. die Barriere höher, frühzeitig Angebote der Kindertagesbetreuung zu nutzen. Ein Ziel der Stadt Frankfurt (Oder) ist es, die Betreuungsquote dieser Kinder denen der Kinder ohne Migrationshintergrund anzugleichen. Um Kindern aus Einwandererfamilien möglichst frühzeitig einen Zugang zum Bildungssystem zu verschaffen und deren Eltern zu entlasten, ist es erforderlich, zugewanderte Eltern aktiv über die Bedeutung und Zugänge zur Kindertagesbetreuung aufzuklären und zu beraten. Für die zentralen Handlungsfelder zur Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung (z.B. Schaffung neuer Kita-Plätze, Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation, Qualifizierung von Fachkräften, die interkulturelle Öffnung der Einrichtungen) besteht vonseiten der Beauftragten die Erwartung, dass Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf besonders berücksichtigt werden, insbesondere Kinder die in einem höheren Maße von Bildungsarmut betroffen sind und sprachliche Förderangebote benötigen. Im Rahmen von Fachberatung und Qualifizierungsmaßnahmen sollen auch weiterhin die Themen Elternberatung mit der Spezifik zugewanderter Familien sowie interkulturelle Pädagogik und Sprachförderung einen großen Schwerpunkt einnehmen.

Die Kindertagesstätten in Frankfurt (Oder) werden ausschließlich von freien Trägern unterhalten. Die Stadt bietet Fachberatung, überprüft die Qualität und ist durch viele Gremien im ständigen Kontakt mit den Trägern und Leiter*innen.

Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an den in Kindertagesbetreuung insgesamt betreuten Kindern in Frankfurt (Oder) ist seit 2015 stetig steigend und liegt aktuell bei 20%. Der Anteil von Kindern aus Asylbewerber- und Flüchtlingsfamilien (Ankunft in Deutschland nach 2014) liegt inzwischen bei 7,2%.

Eine Analyse von Mikrozensusdaten zum Bildungsstand und zu Risikofaktoren zeigt, dass Kinder mit Migrationshintergrund sehr viel häufiger in Familien leben, in denen die Eltern einen geringen Bildungsstand haben, weniger erwerbstätig sind und nur über geringe Familieneinkommen verfügen können. In dem 2018 durch die Stadt initiierten Prozess zur Verbesserung der Zukunfts- und Bildungschancen von Kindern muss daher die Situation von Kindern mit Migrationshintergrund besondere Beachtung finden.

Als ein wichtiges Instrument sieht die Stadtverwaltung das aktive Recruiting von Schüler*innen mit Migrationshintergrund, die eine Erzieherausbildung antreten möchten. Voraussetzung hierfür sind z.B. Kooperationen einzelner Träger, OSZ und der Arbeitsmarktintegrationsprojektes „Vielfalt als Chance“. Die Vorbereitenden Maßnahmen zur Erfüllung der hohen Zugangsvoraussetzungen (Deutschkenntnisse und Schulabschluss) müssen verstärkt angeboten und gefördert werden

2.1.2 Schulische Bildung

Die Stadt Frankfurt (Oder) kann als Schulträger nicht direkt auf die Unterrichtsgestaltung einwirken. Diese liegt in der Verantwortung des staatlichen Schulamtes. Die Stadt möchte hier jedoch auch unterstützend zur Seite stehen und Angebote unterbreiten die die Integration von Migrant*innen auch im Schulalltag fördern. Hierbei ist es wichtig, dass gerade die Eltern der Schüler miteinbezogen werden, da es nicht in allen Herkunftsländern selbstverständlich ist, dass die Eltern einen großen Anteil am schulischen Erfolg der Kinder haben. In Deutschland wird den Eltern eine hohe Eigeninitiative abverlangt mit deren Erbringung Neuzugewanderte oft Probleme haben. Hinzu kommt, dass Schulen in vielen Ländern den Erziehungsauftrag komplett übernehmen und die Eltern sich ihrer Verantwortung nicht bewusst sind, die in Deutschland von Ihnen verlangt wird.

Für die von Armut bedrohten und in bildungsfernen Familien aufwachsenden Kinder und Jugendlichen, unter denen diejenigen mit einem Migrationshintergrund überrepräsentiert sind, ist ein gerechteres Bildungssystem eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen Aufstieg, die ökonomische Absicherung und ein weitreichend selbstbestimmtes Leben. Weiterhin hängen der gesellschaftliche Zusammenhalt und die ökonomische Entwicklung in besonderer Weise vom gerechten Zugang zu Bildung, von der Bildungsteilhabe und den Aufstiegschancen durch Bildung ab. Die ungleiche Teilhabe und der geringere Erfolg von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem sind seit Jahren bekannt. Die internationale und nationale empirische Bildungsforschung haben wiederholt belegt, dass es im deutschen Bildungssystem nach wie vor zu wenig gelingt, Chancenungleichheit und Selektivität zu überwinden. Mehrere Facetten des demografischen Wandels, wie abnehmende Schülerzahlen im ländlichen Raum,

zunehmende Anteile von Schüler*innen mit Migrationshintergrund und sozialräumliche Segregation, werden auch zukünftig Reformen im Bereich der formalen Bildung in Schulen sowie in nonformalen und informellen Bildungszusammenhängen erfordern⁵. Jüngste Ergebnisse der internationalen Bildungsforschung zeigen, dass sich die soziale Selektivität im deutschen Bildungssystem im Zeitverlauf verringert hat. Experten betonen, dass der Migrationshintergrund bei Bildungsprozessen gemeinsam mit anderen Merkmalen wirkt, insbesondere der sozioökonomischen Situation der Familien.

2.1.3 Ziele, Teilziele und Maßnahmen Frühkindliche/Schulische Bildung

Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Alle Kinder haben von Anfang an die gleichen Bildungschancen. Sie wachsen in einer vielfältigen Gesellschaft auf, die geprägt ist von Anerkennung, Aufgeschlossenheit und Respekt
Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kinder mit Migrationshintergrund können sich durch eine systematische Sprachförderung erfolgreich im Schulsystem integrieren ▪ Es werden Plätze in den Kindertageseinrichtungen für alle Kinder vorgehalten und auch durch Kinder mit Migrationshintergrund genutzt ▪ In den Kindertageseinrichtungen und den Schulen der Stadt Frankfurt (Oder) wird kulturelle Vielfalt gelebt ▪ Kinder wachsen in einer vorurteilsfreien, aufgeschlossenen und von Respekt geprägten Umgebung auf ▪ Die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen wird weiterentwickelt ▪ Auch geflüchteten Menschen, deren Aufenthaltsstatus in Deutschland nicht gesichert ist, muss der Zugang zu Sprachunterricht gewährt werden
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Chancen der Frühförderung: der frühzeitige Besuch von Kindern mit Migrationshintergrund in einer Kindertageseinrichtung wird vonseiten der Stadt Frankfurt (Oder) unterstützt. Rechtzeitige Sensibilisierung, Beratung und Unterstützung der Eltern. ▪ die Kita wird als Ort der Unterstützung von Familien, der Förderung und der Integration der Kinder verstanden.

⁵ Unter nonformaler Bildung wird hier beabsichtigtes, gezieltes und selbst gesteuertes Lernen außerhalb klassischer Bildungsinstitutionen verstanden. Sie findet freiwillig in mehr oder weniger stark durchorganisierten Lernangeboten statt. Informelle Bildung wird hier verstanden als ein Prozess der Selbstbildung, der sich in unmittelbaren Lebenszusammenhängen („learning by doing“) und außerhalb von Bildungsinstitutionen sowie formulierten Absichten vollzieht. Der Erwerb sog. Soft Skills findet oft im informellen Bereich statt.

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Intensive Elternarbeit mit dem Ziel, die Kinder möglichst früh in einer Kindertageseinrichtung anzumelden – Chancenverbesserung durch eine frühzeitige Förderung. ▪ Einbindung von Sprach- und Kulturmittelnden bei der Elternarbeit, um sprachliche Barrieren zu überwinden und/oder kulturelle Missverständnisse zum Wohle der Kinder zu klären. ▪ Frühkindliche Sprachbildung in den Kindertageseinrichtungen „Je früher desto besser“. ▪ Vertiefung der Vorschularbeit auch im Hinblick auf Zuwanderung. ▪ Bedarfsgerechte Kapazitäten an „Begleitender Förderung“ bzw. „Intensiv-förderung“ für Kinder mit Migrationshintergrund mit erhöhtem Förderbedarf.⁶ ▪ Anerkennung der Muttersprache mit dem Ziel einer soliden Mehrsprachigkeit. Einbindung des „Griffbereit und Rucksack Kita-Programms“. ▪ Stärkung der interkulturellen und methodischen Kompetenzen der pädagogischen Fachkräfte. ▪ Unterstützung bei der beruflichen Nachqualifizierung (Anerkennungsverfahren) von Erzieher*innen und Lehrkräften mit Migrationshintergrund. ▪ Mehrsprachige Informationsmaterialien (z.B. Smartphone-App) für die Eltern zum pädagogischen Konzept sowie dem Brandenburger Bildungssystem. ▪ Intensive Elternarbeit zur Klärung von Fragen zum Brandenburger Bildungssystem. ▪ Pädagogisches Begleitpersonal mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen und Schulen implementieren. ▪ Erhöhung des Anteils an pädagogischen Fachkräften mit Migrationshintergrund.
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Fachberatung durch Amt für Jugend und Soziales ▪ Jugendmigrationsdienst (JMD) ▪ Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) ▪ Sprach- und Kulturmittelnde (Miteinander Wohnen e.V.) ▪ Schulsozialarbeiter*innen an den Schulen ▪ Netzwerke „Frühe Hilfen und Familienhebammen“, Baby-Besuchsdienst ▪ Flexible Erziehungshilfen, Familienförderung/Frühe Hilfen ▪ Stadtteilgremien ▪ Bündnis für Familie ▪ Einrichtungen und Vereine der Jugendhilfe

⁶ z.B. durch Schaffung von unterschweligen flankierenden Sprachangeboten (wie z.B Sprachprüfungsvorbereitung in Kleingruppen beim Jugendmigrationsdienst oder Flexible Jugendarbeit)

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ RAA ▪ Lokale Bildungsträger ▪ Pro-Familia ▪ Netzwerk gesunde Kinder ▪ Lokale Beratungsstellen
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sport und Schulverwaltungsamt ▪ Staatliches Schulamt ▪ Amt für Jugend und Soziales ▪ Kindertageseinrichtungen und Horte in der Stadt Frankfurt (Oder) ▪ Schulen der Stadt Frankfurt (Oder) ▪ Kultureinrichtungen der Stadt Frankfurt (Oder)
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl der Kinder mit Migrationshintergrund in einer Kindertageseinrichtung (gemessen am Bevölkerungsanteil) ▪ Bestandene Sprachfeststellungsprüfungen beim Übergang in die Grundschule (Einschulungsuntersuchungen) ▪ Abschlüsse der Schüler*innen mit Migrationshintergrund ▪ Anzahl päd. Fachkräfte mit Migrationshintergrund ▪ Teilnahme von Schüler*innen oder päd. Fachkräften an Projekten, Programmen und Qualifizierungsmaßnahmen zum Thema interkulturelle Öffnung / Kompetenz / Bildung

2.1.4 Übergang Schule Beruf

Die aktuelle BA/BIBB-Bewerberbefragung 2018 bestätigt die Ergebnisse früherer Studien, nach denen Jugendlichen mit Migrationshintergrund insgesamt deutlich schlechtere Chancen haben, nach Abschluss der Schule einen Ausbildungsplatz zu erhalten als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Der Zugang zu einer dualen Ausbildung hängt insbesondere vom erreichten Schulabschluss und den Noten des Abschlusszeugnisses ab. Jugendliche mit Migrationshintergrund erreichen aufgrund ihrer sozioökonomisch ungünstigeren Ausgangslage oft deutlich geringere schulische Qualifikationen als ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund. Das erschwert ihren Übergang in eine Ausbildung erheblich. Allerdings sind nicht nur schulische Qualifikationen ausschlaggebend. Selbst unter Berücksichtigung des Schulabschlusses sind die Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, direkt in eine betriebliche Ausbildung zu münden, geringer⁷. Es findet auch auf dem Zugang zum Ausbildungsmarkt Diskriminierung aufgrund der Herkunft, Weltanschauung und Religion statt. Bewerber*innen mit Kopftuch, ausländischen Vor- oder Nachnamen werden seltener zur Bewerbungsgesprächen eingeladen und haben somit keine Chance persönlich von sich zu überzeugen.

⁷ Vgl. BIBB Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2020, Bonn 2016, S. 285 ff..

In Frankfurt (Oder) gibt es bereits einige Einrichtungen und Projekte die den Jugendlichen den Übergang von Schule zum Beruf erleichtern sollen oder Unterstützung bieten. Unter anderem sind die die Jugendberufsagentur, der Jugendmigrationsdienst. Speziell für Geflüchtete läuft derzeit das Projekt „Vielfalt als Chance“ welches beim Einstieg in den Beruf unterstützt. Es ist im kommunalen Integrationszentrum angesiedelt.

2.1.5 Berufliche Bildung

Wie auch im schulischen Bereich ist die Gruppe der Schüler*innen mit Migrationshintergrund sehr heterogen, insbesondere im Hinblick auf die Sprachkompetenzen, die individuellen Bildungsvoraussetzungen, Fähigkeiten und entsprechenden Förderbedarfe. Darauf muss das Berufsbildungssystem eingehen, ohne Qualitätsstandards der Berufsbildung zu verringern. Damit der Zugang zur dualen Ausbildung gelingt, sind erhebliche Anstrengungen von Wirtschaft und Sozialpartnern vor Ort, aber auch von Bund und Ländern erforderlich. Instrumente wie die Assistierte Ausbildung, Einstiegsqualifizierung und Ausbildungsbegleitende Hilfen müssen ständig evaluiert, angepasst aber vor allem auch genutzt werden. Die spezifischen Bedarfe von Frauen mit Migrationshintergrund oder geflüchtete Frauen beim Zugang zu Berufsausbildungen müssen besonders berücksichtigt werden.

2.1.6 Hochschulbildung

Bildung stellt ein zentrales Gut in modernen, leistungsorientierten Gesellschaften dar. Wirtschaftlicher Erfolg, gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten und gleichberechtigte Partizipationsmöglichkeiten hängen entscheidend vom Bildungserfolg und Bildungsniveau ab. Gerade in Deutschland, wo die Verknüpfung von Bildungssystem und Arbeitsmarkt besonders eng ist, stellen formale Qualifikationen und Bildungszertifikate eine notwendige Voraussetzung für den Arbeitsmarkteintritt dar und entscheiden maßgeblich über den weiteren beruflichen Lebensweg. Dies gilt insbesondere für den Hochschulzugang von Frauen mit Migrationshintergrund sowie geflüchtete Frauen und muss daher besonders berücksichtigt werden. Je höher der Bildungsgrad, desto mehr Chancen und Wahlmöglichkeiten sollten sich dem Einzelnen eröffnen, davon profitiert entsprechend auch die Gesellschaft als Ganzes. Menschen mit hohem Bildungsgrad weisen im Durchschnitt z.B. eine höhere Erwerbsbeteiligung auf und beziehen weniger sozialstaatliche Leistungstransfers.

Wer einen Hochschulabschluss erreicht, dem stehen grundsätzlich vielfältigere Möglichkeiten zur beruflichen Entwicklung und dadurch zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zur Verfügung. Insbesondere mit Blick auf das Ziel von mehr Chancengerechtigkeit für Menschen mit Migrationshintergrund kommt dem Bereich der Hochschulbildung neben der beruflichen Bildung eine Schlüsselfunktion zu.

Zu beachten ist hierbei jedoch, dass sich bei ausländischen Studierenden und Studierenden mit Migrationshintergrund der Übergang in ein Studium sowie nach erfolgreichem Abschluss in den Beruf häufig komplizierter gestaltet als bei ihren Kommilitonen ohne Migrationshintergrund⁸.

Drei Personengruppen rücken dabei in den Vordergrund: ausländische Studierende, junge Menschen mit Migrationshintergrund, die seit längerem in Deutschland leben und Geflüchtete.

Als Universitätsstandort ist Frankfurt (Oder) ein idealer Anlaufpunkt für Studieninteressierte. Die Lebenshaltungskosten sind im deutschlandweiten Vergleich gering und alle notwendige Infrastruktur befindet sich vor Ort.

Mit rund 6.600 Studierenden aus derzeit 111 Ländern – der Anteil internationaler Studierender liegt bei knapp 25 Prozent – zählt die in Frankfurt (Oder) ansässige Europa Universität Viadrina zu den internationalsten Hochschulen Deutschlands. Mehr als 25 Jahre nach ihrer Gründung ist die Viadrina damit mehr als eine Brücke zwischen Polen und Deutschland. Mitten im Herzen Europas ist sie Drehscheibe internationaler Forschung und Lehre. Sie ist der Ort, an dem junge Menschen zusammenkommen, die mit ihrem erworbenen Wissen und ihren kreativen Ideen Europa voranbringen.

Die Viadrina ist „Spezialistin“ für Grenzen und Grenzräume, für interkulturelle Kompetenz in einer kulturell vielfältigen Gesellschaft, für Interdisziplinarität in einer Welt, die mehr als nur eine Perspektive braucht.

Die Europa-Universität atmet eine internationale Atmosphäre und ist damit auf einem in der deutschen Wissenschaftslandschaft bislang einmaligen Weg.

Zusätzlich zum regulären Lehrangebot an den Fakultäten der Kultur-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften bietet die Universität auch Geflüchteten mit Interesse am Studium Möglichkeiten zum Einstieg im Rahmen des Projektes „Welcome@Viadrina“. Hier bekommen Geflüchtete unabhängig von ihrem Status die Möglichkeit sich im Rahmen eines einjährigen Collegestudiums auf ein Regelstudium vorzubereiten. Es finden Sprachkurse und erste fachbezogene Veranstaltungen statt.

Zum Stichtag 01.04.2020 waren 5409 Studierende an der Viadrina immatrikuliert. Davon waren 25,3% Ausländer*innen. Von den 4333 Bildungsinländer*innen waren ca. 2% Polen und 6 % andere Ausländer. Das bedeutet, dass ca. 8% der Bildungsinländer Ausländer sind. Die meisten Bildungsinländer die gleichzeitig Ausländer sind (78,85%) kommen aus Berlin und Brandenburg an die Viadrina. Die Universität zeichnet sich jedoch seit ihrer Gründung als eine internationale Hochschule aus und wies schon 1991 einen hohen Anteil ausländischer Studenten auf. Sie bildet

⁸ So suchen z.B. fast ein Drittel der internationalen Studierenden, die 2011 und 2012 ihr Studium an einer deutschen Hochschule abgeschlossen haben und in Deutschland geblieben sind auch ein Jahr später noch einen geeigneten Arbeitsplatz. (Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (Hrsg.): Zugangstor Hochschule Internationale Studierende als Fachkräfte von morgen gewinnen, Berlin 2015 S. 18.

eine Ausnahmererscheinung innerhalb der Stadtgrenzen. Hier spielt die Herkunft eines Studenten keine Rolle, es geht vielmehr um seinen Beitrag am studentischen Leben.

2.1.7 Leitziele, Teilziele und Maßnahmen Übergang Schule – Beruf/Studium

Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schüler*innen mit und ohne Migrationshintergrund haben die gleichen Chancen auf einen reibungslosen Übergang in eine berufliche Ausbildung.
Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ der Übergang Schule – Berufsausbildung/Studium – Beruf für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund ist optimiert ▪ die (internationale) Fachkräftegewinnung für den Wirtschaftsraum Frankfurt (Oder) wird aktiv unterstützt ▪ interkulturelle Öffnung der beteiligten Einrichtungen, Träger, Unternehmen
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zu den vorhandenen Beratungs-, Vermittlungs- und Fördermöglichkeiten durch ansässige Träger, Projekte und Kammern sowie fachkundige Sensibilisierung und Begleitung von Ausbildungsbetrieben um Ausbildungsabbrüche zu verhindern. ▪ Durchführen regelmäßiger Aktionen an den weiterführenden Schulen Frankfurts zur Vorstellung von Berufen und Berufsbildern, die in der Region ausgebildet werden. ▪ Verstärkte Etablierung von Berufsorientierungsprojekten von Bildungsträgern und Kammern an den Schulen. ▪ Verstärktes Anbieten der Assistierte Ausbildung. ▪ Gründung eines Arbeitskreises „Schule-Wirtschaft“. ▪ Sensibilisierung und Begleitung von Ausbildungsbetrieben (assistierte Ausbildung, Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen). ▪ Erstellen eines Ausbildungs-ABC's für Schulabgänger*innen. (Rahmenbedingungen) ▪ Etablierung eines individuellen Coaching-Angebots für Schulabgänger*innen an den Schulen/Berufsschulen. ▪ Abbau von Vorurteilen und latentem Rassismus, durch Qualifizierung von Ausbildenden und Pädagog*innen sowie Auszubildenden in den Berufsschulen und der Wirtschaft. ▪ konsequente Umsetzung von Chancengleichheit bei gleicher Qualifikation in Auswahlverfahren zur Gewinnung von Auszubildenden. ▪ Einrichtung einer Schüler-Praktikumsbörse im Internet.

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung durch „Interkulturelle Berufscoaches“ (z. B. „Sprach- und Kulturmittelnde). ▪ Schüler*innen durchlaufen eine Kompetenzfeststellung und Bewerbungstraining mit zielgerichteter Förderung und Beratung. ▪ Verstärkung der Elternarbeit, z.B. durch mehrsprachig moderierte Infoveranstaltungen für Eltern, Tage der offenen Türe an den Berufsschulen und in den Betrieben. ▪ Vernetzung der vorhandenen Strukturen, um den Zugang zu Ausbildungsangeboten zu vereinfachen. ▪ Die Beschäftigungsförderung initiiert regelmäßig Ausbildungsmessen für regionale Auszubildende. ▪ Verbesserung der Informationsmöglichkeiten über Förderangebote z. B. ausbildungsbegleitende Hilfen, BAB oder BAföG. ▪ Anbieten von Telc-Prüfungen in den Abschlussklassen der Sekundarstufen. ▪ Bereitstellung von Informationen über Freiwilliges Soziales Jahr und Bundesfreiwilligendienst, regelmäßige und intensive Präsenz der Berufsberater der Bundesagentur für Arbeit an den Schulen, sowie Etablierung einer kommunalen Bildungsberatungsstelle für Migrant*innen im Kommunalen Integrationszentrum
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Netzwerk der weiterführenden Schulen ▪ Industrie- und Handelskammer (IHK) ▪ Netzwerk Schulsozialarbeit ▪ Netzwerk der beruflichen Schulen ▪ Handwerkskammer (HWK) ▪ Jugendberufsagentur ▪ Netzwerk Jugendberufshilfe ▪ RAA und perspektivisch weitere Träger in der Antidiskriminierungsarbeit ▪ IQ- Netzwerk mit den zuständigen Teilprojekten ▪ Wirtschaftsförderung ▪ Kommunales Integrationszentrum ▪ Gewerkschaften ▪ Elternvertretungen ▪ Integrationsnetzwerk THINK ▪ Kultureinrichtungen
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterführende Schulen und berufliche Schulen ▪ Amt für Jugend und Soziales ▪ Jugendmigrationsdienst (JMD) ▪ Bundesagentur für Arbeit (Berufsberatung) ▪ Jugendberufsagentur ▪ Kommunales Integrationszentrum mit dem Projekt „Vielfalt als Chance“

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Jobcenter Frankfurt (Oder) ▪ Industrie- und Handelskammer (IHK) ▪ Handwerkskammer (HWK) ▪ Regionale Unternehmen mit Ausbildungsberechtigung ▪ Gleichstellungsbeauftragte der Stadt, des Jobcenters und der Arbeitsagentur
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl der Berufsberatungen und Informationsveranstaltungen durch die Arbeitsagentur an den Schulen. ▪ Anzahl der Schüler*innen mit Migrationshintergrund die die Angebote zur beruflichen Ausbildung wahrnehmen, darunter der Frauenanteil. ▪ Anzahl der Schüler*innen mit Migrationshintergrund die eine berufliche Ausbildung erfolgreich absolviert haben, darunter der Frauenanteil. ▪ Anzahl der Fachkräfte mit Migrationshintergrund. ▪ Teilnahme von Schüler*innen oder Fachkräften an Projekten, Programmen und Qualifizierungsmaßnahmen zum Thema interkulturelle Öffnung/Kompetenz/Bildung.

2.1.8 Erwachsenenbildung / Sprachförderung

Im Integrationsprozess nimmt die Sprachförderung eine wesentliche „Schlüsselrolle“ ein. Durch sprachliche Barrieren wird der Zugang zu einer gleichberechtigten Teilhabe erschwert und ggf. auch verhindert. Das Erlernen der Sprache ist in allen Bereichen des Integrationsprozesses, angefangen bei der frühkindlichen über die schulische und berufsbegleitende Bildung bis hin zur Sprachförderung für Erwachsene und ältere Migrantinnen unerlässlich.

Studien zeigen, dass die Beherrschung der deutschen Sprache auch von der überwiegenden Mehrheit der Migrantinnen als wichtige Voraussetzung für die Integration gesehen wird⁹. Dabei gilt der Grundsatz: „Je früher desto besser“.

In Frankfurt (Oder) bieten verschiedene Sprachkursträger Integrationskurse an, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gefördert werden.

Teilnahmeberechtigt sind nach der Integrationskursverordnung Migrant*innen mit einem gesetzlichen Anspruch nach dem Aufenthalts- bzw. Bundesvertriebenengesetz, und Personen, die nach dem Aufenthaltsgesetz entweder zugelassen oder zur Teilnahme verpflichtet worden sind wie: Spätaussiedler, Neuzugewanderte mit auf Dauer angelegtem Aufenthaltsstatus, Migranten, die bereits seit längerem im Bundesgebiet leben und Bürger der Europäischen Union im Rahmen verfügbarer

⁹ Bertelsmann Stiftung 2002: Zuwanderer in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Menschen mit Migrationshintergrund

Kursplätze. Nicht zugelassene Migranten können im Rahmen verfügbarer Kursplätze als zahlende „Gäste“ teilnehmen.

Für Migranten, die nicht zur Zielgruppe des BAMF gehören bzw. die nach dem Integrationskurs weiteren Bedarf an Sprachförderung haben, bieten verschiedene Träger Deutschunterricht auf verschiedenen Niveaus an. Die Kurse sind zwar in der Regel kostengünstig, für ALG II-Empfängerinnen aber trotzdem häufig nicht bezahlbar, zudem zusätzlich auch die Fahrkosten selbst gezahlt werden müssen. Eine Übernahme der Kosten muss im Einzelfall durch das Jobcenter/Bundesagentur für Arbeit geprüft werden.

2.1.9 Leitziele, Teilziele und Maßnahmen Erwachsenenbildung/Sprachförderung

Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ In Frankfurt (Oder) besteht ein differenziertes und umfangreiches Angebot an Erwachsenenbildung
Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die vorhandenen Angebote sind aktuell und für alle Migrant*innen gebündelt zugänglich ▪ Die Akteure im Bereich Sprachförderung arbeiten nach festgelegten Qualitätsstandards der Leistungsträger und sind gut vernetzt ▪ Vorhandene Förderbedarfe, besonders im Bereich berufsbezogener Sprachförderung, werden identifiziert und durch geeignete Angebote und Konzepte ergänzt
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vernetzung im Sprachkursträgertreffen ▪ Vernetzung der Anbieter von Erwachsenenbildung ▪ Aufbau und Pflege des Informationsnetzes zu den aktuellen Sprach- und Integrationskursen ▪ Erleichterung der Teilnahme sowie konsequente Verpflichtung der Zugewanderten durch zuständige Träger (Sozialamt, Jobcenter und Bundesagentur für Arbeit) an weiterführenden Sprachkursen (ab B1) ▪ Regelmäßige Fortbildungen/Fachtagung der Lehrkräfte in „Deutsch als Zweit-Fremdsprache“ ▪ Bedarfsabfragen zu Kursangeboten ▪ Aufbau einer trägerneutralen Kommunalen Bildungsberatung und ▪ Nutzung der Angebote des Kommunalen Intergrationszentrums zur Beratung und Anmeldung zu Sprachkursen ▪ Erstellung einer online abrufbaren Datenbank mit aktuellen Kursangeboten ortsansässiger Akteure (eingebunden in die städtische Internetpräsenz) ▪ Sprachkurse für Frauen
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bundes-, Landes- und Kommunalmittel für die Sprachförderung

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorhandene Netzwerke und Kompetenzen zur Sprachförderung in Frankfurt (Oder) ▪ Bildungskoordination für Neuzugewanderte/ Kommunale Bildungsberatung ▪ Sprachenzentrum der Europa Universität Viadrina ▪ VHS ▪ Lokale Bildungsträger ▪ ISA e.V.
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sprach- und Integrationskursträger ▪ Bildungskoordination für Neuzugewanderte ▪ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ▪ Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) ▪ Vereine und Einrichtungen ▪ Lokale Bildungsträger ▪ Jobcenter ▪ Bundesagentur für Arbeit ▪ Amt für Jugend und Soziales ▪ Kultureinrichtungen
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl und Auslastung des differenzierten Angebots an Sprach- und Integrationskursen in Abhängigkeit des tatsächlich erhobenen Bedarfes ▪ Sprachstandsfeststellungen, z. B. bei der Einschulung, Schulabgang, Integrationskursprüfungen, Einbürgerungstest ▪ Anzahl der Vernetzungsaktivitäten und Veranstaltungen (Tagungen/ Fortbildungen) im Bereich Sprachförderung und Erwachsenenbildung. (Die Akteure sind vernetzt und sichern dadurch ein bedarfsgerechtes, vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot an Kursen für die verschiedenen Zielgruppen.) ▪ Arbeitsmarkt-Integrationsquoten des Jobcenter und der BA darunter der Frauenanteil

2.2 Gesundheit

Die gleichberechtigte Teilhabe von Migrant*innen an der gesundheitlichen Versorgung stellt ein wichtiges Ziel integrationspolitischer Maßnahmen dar.

Einrichtungen der sozialen und gesundheitlichen Förderung erreichen Menschen mit Migrationshintergrund jedoch häufig nicht in ausreichendem Maß, denn unterschiedliche Barrieren erschweren den Zugang. Dazu gehören Informationsdefizite auf beiden Seiten, kulturspezifische Besonderheiten beim

Krankheits- und Gesundheitsverhalten, unterschiedliches Kommunikationsverhalten und nicht zuletzt Sprachschwierigkeiten¹⁰.

Der Abbau von Zugangsbarrieren, auch unter dem Handlungsfeld Interkulturelle Öffnung/Willkommenskultur, stellt auch im Gesundheitsbereich einen wesentlichen Schwerpunkt dar.

Allen Bürger*innen der Stadt soll ein gleichwertiger Zugang zu Gesundheitseinrichtungen ermöglicht werden. Dazu müssen existierende Zugangsbarrieren erkannt und Maßnahmen zu ihrem Abbau entwickelt werden. Es wird angestrebt, Gesundheitseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen verstärkt interkulturell zu öffnen und für die teils spezifischen Bedürfnisse von Zugewanderten zu sensibilisieren. Dies beinhaltet eine kultursensible Gestaltung von Gesundheitsfürsorge- und Pflegeangeboten.

Auch geflüchteten Menschen, deren Aufenthaltsstatus in Deutschland nicht gesichert ist, muss der Zugang zu medizinischer Versorgung uneingeschränkt gewährt werden.

2.2.1 Ziele und Maßnahmen Gesundheit

Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Migrant*innen haben Zugang zu den Präventions- und Gesundheitsangeboten in Frankfurt (Oder)
Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sensibilisierung der Fachkräfte für spezifische Belange der Migrant*innen in der Gesundheits- und Präventionsarbeit in Frankfurt (Oder) ▪ Abbau von Zugangsbarrieren zu Angeboten und Informationen im Gesundheitswesen sowie der Prävention ▪ Bessere Vernetzung der Akteure aus dem Bereich Migrationsberatung und der Gesundheits- und Präventionsarbeit
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bestandsaufnahme von Präventions- und Gesundheitsangeboten. ▪ Bedarfsermittlung spezifischer Angebote für verschiedene Altersgruppen. ▪ Beratungsangebote in der Gesundheits- und Präventionsarbeit in Frankfurt (Oder) weiterentwickeln (z. B. zum Thema kultursensible Pflege). ▪ Nutzung bzw. Veröffentlichung und fortlaufende Aktualisierung – mehrsprachig– von Informationsmaterialien der Präventions- und Gesundheitsangebote in Frankfurt (Oder) (z. B. Internetkarten) für Träger der Regelangebote.

¹⁰ Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Migration, Prävention, Gesundheitsförderung

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Informationsveranstaltungen durch das Gesundheitsamt speziell für Migrant*innen (Diabetes, Impfungen, U-Untersuchungen von Kindern etc.) ▪ Mehrsprachige Veranstaltungen für Eltern in Schulen/Kitas/Horten ▪ Vernetzung und Ausbau bestehender mehrsprachiger Angebote bzw. Projekte (Pflegedienste mit mehrsprachigem Personal, Begleitservice usw.). ▪ Einbindung von Projekten/Akteuren der muttersprachlichen psychosozialen Beratung in MSA Austauschtreffen. ▪ Nutzung von Angeboten der Netzwerkakteure zur interreligiösen und -kulturellen Sensibilisierung in der Ausbildung von Pflegepersonal, pädagogische Fachkräfte u. a. ▪ Fortlaufende Anpassung der Angebote an die Situation der Migrant*innen in Frankfurt (Oder). ▪ Sensibilisierung der Beschäftigten im Gesundheitsbereich für den Einsatz von Sprach- und Kulturmittlern. Insbesondere in der psychosozialen Beratung sowie in der Beratung von traumatisierten Migrant*innen ist der Einsatz von professionell ausgebildeten Sprachmittelnden angezeigt. ▪ Abbau bürokratischer Hürden für die Kostenübernahme von Sprachmittelnden durch das Sozialamt bei dringenden ärztlichen/therapeutischen Behandlungen. ▪ Mehrsprachigkeit von amtlich bestellten Betreuer*innen bzw. heranziehen der Sprach- und Kulturmittelnden. ▪ Verstärkte Sensibilisierung von Ämtern und Einrichtungen und deren Beschäftigten zu sensiblen Themen (Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung, Versicherung...). ▪ Anbieten von Schwimmunterricht und Erste-Hilfe-Kursen für Migrant*innen. ▪ gezielte Gewinnung von Migrant*innen als Fachkräfte im Gesundheitsbereich. ▪ Vertrauliche Beratungsangebote für Frauen, möglichst muttersprachlich und kultursensibel zum Thema Frauengesundheit, Verhütung, Familienplanung, sexualisierte Belästigung und Gewalt ggf. zusammen mit externen Trägern.
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erfahrungswissen aus den Einrichtungen und Beratungsstellen im Gesundheitswesen in Frankfurt (Oder) ▪ THINK-Netzwerk ▪ Bereits vorhandene Angebote und Informationsmaterialien im Gesundheitswesen ▪ Muttersprachliche psychotherapeutische und psychosoziale Versorgungsangebote diverser Projektträger in Berlin und Brandenburg

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Baby-Besuchsdienst ▪ Netzwerk Gesunde Kinder ▪ Pflege- und Geriatrie-Netzwerk Frankfurt (Oder)
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesundheitsamt ▪ Amt für Jugend und Soziales sowie die MSA des Kommunalen Integrationszentrums und aktive Sprach- und Kulturmittler ▪ Öffentliche Gesundheitseinrichtungen ▪ Amt für Brand- und Katastrophenschutz ▪ Pressestelle (Öffentlichkeitsarbeit) ▪ Vereine und Verbände ▪ Beratungsstellen (z.B. Pro-Familia, Suchtberatung, Krankenkassen)
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl der Migrant*innen die Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention in Frankfurt (Oder) nutzen, wie: Schutzimpfungen, Vorsorgeuntersuchungen, Beratungen, Selbsthilfegruppen etc. (Gesundheitsstatistik) ▪ Anzahl der mehrsprachigen Informationsmaterialien für den Gesundheits- und Präventionsbereich in Frankfurt (Oder)

2.3 Arbeit und Qualifizierung

Arbeit bildet die Grundlage eines materiell selbstbestimmten Lebens. Sie stellt aber auch einen zentralen Bereich der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben dar, denn Arbeit bringt Anerkennung und Wertschätzung und die Möglichkeit, sich mit seinen Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Besonders zugewanderten Menschen ist aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse und fehlender oder nicht anerkannter Bildungsabschlüsse der Zugang zum Arbeitsmarkt oft erschwert. Die Förderung einer Teilhabe am Arbeitsleben ist daher eine wichtige integrationspolitische Aufgabe der Stadt.

Die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten hat prozesshaften Charakter. Dieser umfasst einen frühzeitigen (Fach-)Spracherwerb, die Kompetenz- und Qualifikationsfeststellung sowie nötige Nachqualifizierungen, die Anerkennung der bereits erworbenen Abschlüsse aus dem Ausland sowie das Übergangsmanagement in Ausbildung und Beruf. Intensive und individuelle Beratungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund bei der Berufsorientierung, bei der Vermittlung in Arbeits- und Ausbildungsplätze und auch die Unterstützung bei Unternehmensgründungen sind in diesem Prozess ebenso wichtig wie die interkulturelle Sensibilisierung von Arbeitgebern.

Auch müssen effiziente Vernetzungsstrukturen etabliert werden, um die Zugewanderten zu erreichen und sie in passende Angebote vermitteln zu können. Trotz der guten Möglichkeiten, in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert zu werden, muss man konstatieren, dass Personen mit

Migrationshintergrund weniger Chancen haben, dauerhaft Arbeit aufzunehmen. Dies liegt vor allem an fehlenden anerkannten Berufsabschlüssen bzw. Qualifizierungen. Es ist demnach notwendig, die Potentiale der Migrant*innen zu erkennen und durch den Einsatz effektiv wirkender Förderketten zu verstärken. Insbesondere der Zugang von Migrantinnen zum Arbeitsmarkt muss dabei Berücksichtigung finden.

In diesem Prozess müssen sowohl die Migrant*innen selbst, wie auch die Bundesagentur für Arbeit, das Jobcenter, die regionalen Bildungsdienstleister und Unternehmen sowie deren Vertretungen aktiv mitwirken. Dafür müssen Foren zum Erfahrungsaustausch geschaffen werden, konkrete Bedarfe der Wirtschaft analysiert und Qualifizierungen entwickelt werden, die die Bedürfnisse der Personen mit Migrationshintergrund adäquat berücksichtigen.

2.3.1 Ziele und Maßnahmen Arbeit und Qualifizierung

Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Eingliederung von Erwerbslosen Migrant*innen in den allgemeinen Arbeits- und Ausbildungsmarkt bzw. in die Selbstständigkeit.
Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit zu den vorhandenen migrantenspezifischen Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten ▪ Erhöhung des Anteils von Migrant*innen an beruflicher Qualifizierung ▪ Erhöhung der Anzahl migrantischer Existenzgründungen
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bündelung der Informationen zu Anerkennungsverfahren der Berufsabschlüsse von Migrant*innen sowie Streuung der Information unter den Beratungsstellen bzw. Verweis auf IQ Netzwerk bzw. Kommunales Integrationszentrum. ▪ Verstärkte Werbung um ausländische Unternehmer*innen, Studierende und Fachkräfte für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Frankfurt (Oder) zu begeistern. ▪ Ausbau, Stärkung und aktive Unterstützung von Projekten im Themenfeld des migrantischen Arbeitsmarktes und das Einwerben von Förder- und Drittmitteln dafür. ▪ Die Datenlage über die Bevölkerung von Frankfurt (Oder) mit Migrationshintergrund wird aussagekräftig und verlässlich, um Bedarfslagen besser zu kennen und ggf. Handlungsschritte einzuleiten. ▪ Ausbau der Netzwerke der Arbeitsmarktakteure und Identifizierung von Bedarfen und Hindernissen durch regelmäßige Schulung zum Aufenthaltsrecht aller Akteure im Bereich Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration.

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kampagne von Arbeitgeber*innen, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern u. a. zur Fachkräftegewinnung und zum Abbau von latentem Rassismus. ▪ Werben für die Nutzung der vorhandenen Angebote zur Förderung der interkulturellen Öffnung durch die Betriebe (IQ Netzwerk, RAA) ▪ Gewinnung von weiteren Unternehmen, die die „Frankfurter Erklärung für ein Zusammenleben in Vielfalt“ unterzeichnen. ▪ Etablierung eines Stammtisches für migrantische Unternehmen in die lokale Stadt-Ökonomie. ▪ Ausbau eines Informationsnetzes zu den aktuellen Entwicklungen im (migrantischen) Arbeitsmarkt und im Zuwanderungsrecht. ▪ regelmäßige Fortbildungen/Fachtagungen in Kooperation mit den ansässigen Bildungsinstitutionen und anderen Akteur*innen. ▪ Einsatz für die Schaffung und Stärkung von Stellen zum individuellen Case-Management mit dem Ziel der Arbeits- bzw. Ausbildungsaufnahme.
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nutzung von EU-, Bundes- und Landesmitteln und -programmen (u. a. Bundesprogramm IQ-Netzwerk, Bundesmittel für berufsbezogene Sprachkurse, Bundesmittel für Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, Projekt „Vielfalt als Chance“ zur Arbeitsmarktintegration) ▪ Stadtrezeption Frankfurt (Oder) ▪ Kommunales Integrationszentrum ▪ Jobcenter ▪ Bundesagentur für Arbeit ▪ Europa-Universität ▪ Lokale Bildungsträger ▪ Arbeitgeber*innen ▪ Vereine und Verbände ▪ IHK Projektgesellschaft ▪ HWK
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Amt für Jugend und Soziales ▪ Ausländerbehörde ▪ Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter ▪ Industrie- und Handelskammer (IHK) ▪ Handwerkskammer (HWK) ▪ Bildungsdienstleister ▪ Beratungsinstitutionn (Kommunales Integrationszentrum, Kommunales Bildungsberatung) ▪ Einbindung der städtischen Wirtschaftsförderung ▪ Regionale Vereine und Verbände ▪ Regionale und überregionale Unternehmen

Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl der arbeitslosen Migrant*innen in Frankfurt (Oder) ▪ Die Migranten nehmen im selben Verhältnis wie Personen ohne Migrationshintergrund an beruflichen Qualifizierungen teil. ▪ Anzahl der migrantischen Unternehmen (Migrantenökonomie). ▪ Qualifikationsniveau der Erwerbslosen mit Migrationshintergrund.
--------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

2.4 Gesellschaftliche Teilhabe

2.4.1 Gesellschaftliche und politische Partizipation

Kulturelle Vielfalt und interkulturelle Begegnungsmöglichkeiten in Frankfurt (Oder) sollen gefördert werden. Unabhängig von ihrer Herkunft soll allen Bürger*innen die Möglichkeit geboten werden, an Angeboten aus den Bereichen Politik, Sport, Freizeit, Religion und Jugend teilzuhaben. Darüber hinaus wird angestrebt, dass sich die in Frankfurt (Oder) existierende Vielfalt auch in der Art des Kulturangebotes verstärkt widerspiegelt.

Ehrenamtliches Engagement leistet einen entscheidenden Beitrag bei der Gestaltung des Zusammenlebens in unserer Stadt. Es sind die Bürger*innen – mit und ohne Migrationshintergrund– die durch ihr Handeln entscheiden, ob und wie Integration gelingt. Die Förderung des Ehrenamtes ist eine wichtige Aufgabe.

Ein weiteres Ziel in diesem Kontext ist auch die Stärkung der Migrantenselbstorganisationen.

2.4.2 Leitziel, Teilziele und Maßnahmen Gesellschaftliche Partizipation

Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Stadt Frankfurt (Oder) bekennt sich zu einer weltoffenen und demokratischen Gesellschaft.
Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Frankfurt (Oder) hat eine gelebte Willkommenskultur, die sich in Weltoffenheit und Gastfreundlichkeit äußert. ▪ Das gesellschaftliche Klima ist geprägt von Offenheit, Toleranz und einem respektvollen Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft. ▪ In der Medienlandschaft der Stadt haben die positiven Aspekte der Vielfalt einen hohen Stellenwert. ▪ Frankfurt (Oder) tritt aktiv gegen Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus ein. ▪ Migrant*innen gestalten die Stadtgesellschaft aktiv mit.
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ein Preis für Integration wird eingeführt.¹¹

¹¹ Zusätzlich zum Preis für Vielfalt und Toleranz im Rahmen der Würdigung des Ehrenamtes

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Der Internetauftritt der Stadt Frankfurt (Oder) wird verbessert (Einfach Sprache, Mehrsprachigkeit und Übersichtlichkeit). ▪ Jährlich stattfindende Einbürgerungsfeiern als Anerkennungs- und Willkommensgeste für die neuen Bürger*innen der Stadt. ▪ Sensibilisierung der regionalen Medien für Migrationsthemen. ▪ Unterstützung bei der Darstellung von positiven Integrationsbeispielen durch die Stadtverwaltung (Pressestelle, Stadtmarketing) und durch die regionalen Medien. ▪ Förderung lokaler interkultureller Initiativen. ▪ Schaffung von Raum zur kulturellen Selbst-Entfaltung. ▪ Frankfurt (Oder) tritt der „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus“ beitreten und den damit verbundenen 10-Punkte Aktionsplan annehmen
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Finanzielle Ressourcen für die Überarbeitung der Web-Site der Stadt, Kosten für Übersetzungen etc. ▪ Fördermittel für die Jugend- und Sozialarbeit ▪ Fördermittel für Kulturelle Angebote ▪ Vereine und Einrichtungen der Jugendhilfe ▪ Mitgliedsbeitrag für die Mitgliedschaft in der Europäischen Städte-Koalition.
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) ▪ Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) ▪ Stadtverwaltung: Pressestelle, Ausländerbehörde, Integrationsbeauftragte, Amt für Jugend und Soziales ▪ Ausschüsse der SVV ▪ Regionale Medien ▪ Vereine und Verbände ▪ Bürger*innenbeteiligung ▪ (städtische) Immobilienunternehmen
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl der Preisverleihungen des Integrationspreises ▪ Anzahl der Einbürgerungen in Frankfurt (Oder) ▪ Mitgliedschaft in der Europäischen Städte-Koalition und Realisierung des 10-Punkte-Aktionsplans ▪ Interkulturelle Initiativen

2.4.3 Stärkung der politischen Partizipation

Der Integrationsbeirat wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 23.06.2011 gegründet. Er ist ein ehrenamtliches Gremium der kommunalen politischen Partizipation der Migrant*innen. Seit der Wahlperiode 2019-2024 verfügt der Integrationsbeirat über einen Sitz als Sachkundiger Einwohner im Ausschuss für

Gleichstellung Gesundheit, Soziales und Integration. Der Integrationsbeirat kann zu Maßnahmen und Beschlüssen der Stadtverordneten Stellung nehmen. Es gibt auch weitere Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung auch für nicht wahlberechtigte Einwohner*innen. So können Ausländer*innen als sachkundige Einwohner*innen Mitglieder in den Ausschüssen der der Stadtverordnetenversammlung (SVV) werden. Gemessen am Bevölkerungsanteil sind Menschen mit Migrationshintergrund in der SVV und ihren Ausschüssen sowie in politischen Parteien aber immer noch unterrepräsentiert. In öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind alle Personen, die in der Stadt Frankfurt (Oder) ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner i.S.d. § 11 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg), berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Stadtangelegenheiten an die Stadtverordnetenversammlung oder den Oberbürgermeister zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde).

2.4.4 Leitziel, Teilziele und Maßnahmen politische Partizipation

Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Stadt Frankfurt (Oder) setzt sich für die Stärkung der politischen Partizipation aller Migrant*innen ein und unterstützt und fördert ihr gesellschaftliches Engagement
Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Stadt Frankfurt (Oder) setzt sich für die Entwicklung der Potenziale der Migrantenselbstorganisationen der Stadt ein ▪ Die Stadt Frankfurt (Oder) verstärkt die Rolle des Integrationsbeirates als legitimierte demokratische Vertretung der in der Stadt lebenden Migrant*innen insbesondere durch eine Neukonzipierung des Integrationsbeirats, die dafür Sorge trägt, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund vertreten sind ▪ Die Stadt Frankfurt (Oder) baut die Förderung der Arbeit und der Projekte der Migrantenselbstorganisationen aus ▪ Die Mitarbeit der Migrant*innen in Ortsbeiräten, Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und anderen Gremien der Kommune wird intensiviert ▪ Die Zusammenarbeit zwischen Stadtverordnetenversammlung und dem Integrationsbeirat wird weiterentwickelt ▪ Die Parteien und politische Vereinigungen der Stadt Frankfurt (Oder) arbeiten an der Erhöhung ihres Migrantenteils
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Stadt Frankfurt (Oder) verbessert die finanziellen Rahmenbedingungen der Arbeit des Integrationsbeirates und der Migrantenselbstorganisationen durch die Anpassung der Haushaltsmittel des Integrationsbeirates und die Überarbeitung der

	<p>Förderrichtlinien der Stadt Frankfurt (Oder) welche von den Migrantenselbstorganisationen in Anspruch genommen werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Zusammenarbeit zwischen Stadtverordnetenversammlung und Integrationsbeirat wird durch jährliche Treffen zwischen dem Beirat und den Stadtverordneten verbessert. ▪ Die Anzahl der Migrant*innen in den Ortsbeiräten und Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und anderen Gremien der Kommune wird erhöht – Gewinnung von Migrant*innen für die Arbeit in verschiedenen kommunalen Gremien durch die demokratischen Fraktionen der Stadt. ▪ Der Integrationsbeirat und die Migrantenselbstorganisationen aus Frankfurt (Oder) verstärken ihre Vernetzung innerhalb Brandenburgs, bundes- und europaweit. ▪ Die Arbeit der Migrantenselbstorganisationen wird unterstützt durch z.B. die Durchführung von Seminaren, Workshops und Qualifizierungsmaßnahmen zu Projektmanagement und interkultureller Bildung. ▪ Die Stadt setzt sich für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Ausländer mit Niederlassungserlaubnis und die diesbezügliche Novellierung des Kommunalwahlgesetzes ein, die eine Änderung des Grundgesetzes einschließt.
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eigenmittel der Migrantenorganisationen, öffentliche Mittel ▪ Infrastruktur der demokratischen Fraktionen der Stadt Frankfurt (Oder) und der Stadtverwaltung
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Integrationsbeirat ▪ Parteien, Ortsbeiräte, Ausschüsse, Stadtverordnetenversammlung ▪ Migrantenselbstorganisationen in der Stadt ▪ Stadtverwaltung ▪ Stadtverordnetenversammlung und demokratische Fraktionen der Bürgerschaft
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl der Migrant*innen in den Ausschüssen, StVV, Ortsbeiräte ▪ Anzahl der Migrantenselbstorganisationen und deren Mitglieder ▪ Anzahl von Migrant*innen in den lokalen Gliederungen der Parteien

2.4.5 Interreligiöser Dialog

Religionsgemeinschaften sind für viele Einwohner*innen der Stadt Frankfurt (Oder), aber vor allem auch für Menschen mit Migrationshintergrund, ein unverzichtbarer Bezugspunkt ihres Lebens. Neben Sinnstiftung und Lebenshilfe für den Einzelnen – gerade in schwierigen Lebenssituationen – haben sie eine wichtige soziale Funktion: sie stützen Menschen gerade auch in einer fremden Umwelt. Sie sind im

Integrationsprozess unverzichtbare soziale Netzwerke in der Aufnahmegesellschaft und unterstützen das alltägliche Zusammenleben.

Hinzu kommt, dass in den Religionsgemeinschaften die Migrationserfahrungen des Einzelnen auch religiös verarbeitet werden können. In manchen Fällen ist die erfahrene Einschränkung der Religionsfreiheit bis hin zur Verfolgung in den Herkunftsgesellschaften ein Auswanderungsgrund. Religionsgemeinschaften bieten den Migrant*innen oftmals erste Kontaktmöglichkeiten und praktische Unterstützung im Alltag der neuen Umgebung. Sie sind ein Stück Vertrautes in einer neuen Gesellschaft und bieten Netzwerke über Ländergrenzen hinweg. Im Rahmen der kommunalen Öffnungsprozesse übernehmen die Religionsgemeinschaften, sowohl mit Blick auf das staatliche Handeln wie auch auf das gesellschaftliche Miteinander, eine wichtige Funktion. Deshalb sollte die Stadt Frankfurt (Oder) die gleichberechtigte Teilhabe der Glaubensgemeinschaften in der Stadt fördern.

2.4.6 Leitziel, Teilziele und Maßnahmen Interreligiöser Dialog

Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Stadt Frankfurt (Oder) unterstützt den interreligiösen Dialog und das friedliche Zusammenleben zwischen Menschen unterschiedlicher Glaubensrichtungen
Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung des Austausches der Religionsgemeinschaften und nichtreligiöser Menschen im interreligiösen Dialog ▪ Einbeziehen des Interreligiösen Dialogs in die Aktivitäten der Stadt Frankfurt (Oder)
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bei kommunalen Angeboten und Dienstleistungen werden die religiösen und die interreligiösen Aspekte berücksichtigt. ▪ Nachhaltige Unterstützung des institutionalisierten interreligiösen Dialogs und unterstützen von neuen Möglichkeiten der interreligiösen und interkulturellen Begegnung (z.B. Bereitstellung von Räumlichkeiten). ▪ Berücksichtigung religiöser Speisevorschriften bei Angeboten, die in der Verantwortung der Verwaltung liegen (z. B. in Kindergärten, Schulen) ▪ Stadt signalisiert öffentlich die Bereitschaft, dass Religionsausübung unterstützt und wertgeschätzt wird. ▪ Die Stadt unterstützt die Präsenz von hohen religiösen Feiertagen und die Öffentlichkeitsarbeit zu religiösen Aktivitäten in der Stadt.
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Religiöse Gemeinden in Frankfurt (Oder) ▪ Stadtverwaltung
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Religiöse Gemeinden ▪ Kulturelle Akteure
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl der am interreligiösen Dialog beteiligten Religionsgemeinschaften ▪ Anzahl der gemeinsamen Aktivitäten des interkulturellen Dialogs ▪ Anzahl der Einrichtungen in kommunaler Verantwortung, in denen religiöse Speisevorschriften berücksichtigt werden

2.5 Beratung und Unterstützung

Besonders als Neuzugezogener braucht jeder Mensch Beratung und Unterstützung beim Ankommen am neuen Wohnort. Neubürger*innen mit Migrationshintergrund haben zusätzlich, wenn sie direkt aus dem Ausland kommen oder mit geringen Sprachkenntnissen innerhalb Deutschlands umziehen, einen erhöhten Beratungs- und Unterstützungsbedarf um eine gleichberechtigte Teilhabe an der neuen Gesellschaft zu erhalten.

Als erste Kommune in Brandenburg hat Frankfurt (Oder) ein kommunales Integrationszentrum etabliert. Hier werden vielfältige Angebote und Aufgaben gebündelt und somit bietet dieses eine Anlaufstelle für alle Migrant*innen in Frankfurt (Oder). Im Kommunalen Integrationszentrum (KI) beraten Migrationssozialarbeitende, die Bildungskordinatorin für Neuzugewanderte (mit im Aufbau befindlicher Kommunalen Bildungsberatung) der Fachberatungsdienst der Caritas und Mitarbeiter*innen des Arbeitsmarkprojektes „Vielfalt als Chance“.

Darüber hinaus verfügt auch Frankfurt (Oder) über ein breit gefächertes Beratungs- und Unterstützungsangebot welches aus kommunalen-, Landes- und Bundesmitteln finanziert wird. Eine Auflistung befindet sich im Anhang. Die meisten Akteure in diesem Bereich haben sich im THINK-Netzwerk organisiert und treffen sich regelmäßig zu Netzwerktreffen um sich auszutauschen, neue Projekte vorzustellen und Kooperationen zu ermöglichen. Das THINK-Netzwerk wird von der Integrationsbeauftragten koordiniert und veranstaltet jedes Jahr im September die Interkulturelle Woche.

Die Migrationssozialarbeitenden der Stadtverwaltung organisieren regelmäßige Austauschtreffen mit den Migrationssozialarbeitenden der and der Integrationsarbeit beteiligten Träger. Spezifische Belange von Frauen und LSBTIQ*-Personen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrungen sollen in Beratungsangeboten besonders berücksichtigt werden, bspw. durch eine gezielte und niedrigschwellige Ansprache sowie die Sensibilisierung und Weiterbildung von Beratenden.

2.5.1 Leitziel, Teilziele und Maßnahmen Beratung und Unterstützung

Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Alle Migrant*innen erhalten professionelle und bedarfsgerechte Beratung und Unterstützung
Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Das Kommunale Integrationszentrum dient als erste Anlaufstelle für alle Frankfurter Bürger*innen (mit und ohne Migrationshintergrund). Es informiert, berät, unterstützt und verweist ggf. auf zuständige Institutionen, um eine langfristige und nachhaltige Integration zu fördern. ▪ Die in Frankfurt (Oder) ansässigen Beratungs- und Unterstützungsangebote sind nachhaltig, kostenfrei, zielgruppenspezifisch und ergänzen sich gegenseitig ▪ Die Beratungs- und Unterstützungsangebote arbeiten nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ ▪ Die Beratungs- und Unterstützungsangebote sind barrierearm, bekannt und werden genutzt. ▪ Synergieeffekte sind bekannt und werden genutzt
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Migrant*innen werden sozial unterstützt und beraten, erhalten bedarfsgerechte Hilfeleistungen sowie eine individuelle Beratung zu ihren Anliegen ▪ Etablierung einer Plattform für den regelmäßigen Informationsaustausch. ▪ Die Migranten und deren Communities in der Stadt partizipieren am Informationsaustausch. ▪ Die Stadtverwaltung und die freien Träger erarbeiten einen gemeinsamen Rahmen zum fallbezogenen Austausch von Personendaten unter Berücksichtigung der DSGVO. ▪ Etablieren eines Beschwerdemanagements in den Institutionen. ▪ Die Behörden und Träger arbeiten bei der Beratung „Hand in Hand“ und leiten die Kunden einander zu. ▪ Entwicklung eines Tools zur Sichtbarmachung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für alle. ▪ Die Beratungsstellen werden dabei unterstützt, ihre Angebote barrierefrei und bedarfsgerecht zu gestalten.
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionale und überregionale Angebote ▪ Amt für Jugend und Soziales (mit der Abteilung Kommunales Integrationszentrum) ▪ Caritas mit dem Fachberatungsdienst ▪ Infrastruktur ▪ Vorhandene Netzwerke ▪ Kommunale, Landes-, Bundes- und EU-(Förder)mittel
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Integrationsbeauftragte ▪ Träger der Angebote ▪ Amt für Jugend und Soziales (hier Abteilung KI)

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vereine und Verbände ▪ Integrationsbeirat
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl der Teilnehmenden am Informationsaustausch ▪ Aufrufe des Tools zur Sichtbarmachung der Angebote ▪ Anzahl der Besucher im KI und FB Asyl

2.6 Interkulturelle Öffnung

Erfolgreiche Integration setzt eine verstärkte Sensibilisierung und Interkulturelle Öffnung von Institutionen voraus. Wie und in welchem Umfang Zugewanderte am gesellschaftlichen Miteinander teilhaben, hängt auch davon ab, wie sich die einheimischen Institutionen auf die Neubürger einstellen.

Dazu gehört, eigene Denk- und Verhaltensweisen zu reflektieren und sich bewusst zu machen, dass bestimmte institutionelle Strukturen, Prozessabläufe und Handlungspraxen für Zugewanderte erhebliche Barrieren darstellen können. Um ihnen gleichberechtigte Zugänge zu ermöglichen, müssen diese Zugangshürden erkannt und verkleinert werden. Interkulturelle Öffnung ermöglicht so einen reflektierten und kompetenten Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt in den jeweiligen Kontexten. Viele Einrichtungen in Frankfurt (Oder) haben diesen Weg bereits beschritten. Die Unterstützung der Einrichtungen sieht die Integrationsbeauftragte als eine ihrer Aufgaben an. Natürlich können hier von Seiten der Stadtverwaltung nur in einigen Bereichen Vorgaben gemacht werden, bspw. in der Projektförderungen und bei anderen Unterstützungsangeboten, z.B. im Bereich Stadtmarketing oder Wirtschaftsförderung. Die Möglichkeit der Unterstützung und Förderung von solchen Vorhaben ist zudem jederzeit gegeben.“.

2.6.1 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Bereits im Nationalen Integrationsplan¹² haben sich Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände (letztere als Empfehlung an ihre Mitglieder) verpflichtet, den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, unter Berücksichtigung von „Eignung, Befähigung und Leistung“ zu erhöhen.

Wie viele Beschäftigte in der Stadtverwaltung der Stadt Frankfurt (Oder) über einen Migrationshintergrund verfügen ist aktuell nicht bekannt. Eine Erhebung dazu wäre aus datenschutzrechtlichen Gründen auch lediglich auf freiwilliger Basis möglich. Nicht zuletzt auch aufgrund des demografischen Wandels und der rückläufigen Geburtenjahrgänge muss sich die Stadtverwaltung, als Arbeitgeber, auch für Fachkräfte und Auszubildende mit Migrationshintergrund attraktiver machen.

¹² Nationaler Integrationsplan 2007

Darüber hinaus stellen interkulturelle Fortbildungen für das Personal in den kundenorientierten Ämtern eine wesentliche Säule für eine gelebte Willkommenskultur in der Stadt Frankfurt (Oder) dar.

2.6.2 Leitziel, Teilziele und Maßnahmen Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Leitziel	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Interkulturelle Personalentwicklung und Personalpolitik in der Stadtverwaltung, den städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben
Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Stadtverwaltung, städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben ▪ Gewinnung von Beschäftigten und Auszubildenden mit Migrationshintergrund ▪ Im Jahr 2025 entspricht der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung ihrem Anteil an der Bevölkerung
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung ermitteln (unter Berücksichtigung der freiwilligen Teilnahme). ▪ Potentielle Bewerber*innen mit Migrationshintergrund werden aktiv auf Stellenausschreibungen in der Stadtverwaltung aufmerksam gemacht (Internetportal)¹³. ▪ Die Verwaltung wirbt aktiv um Auszubildende und Beschäftigte mit Migrationshintergrund. ▪ Die Verwaltung vereinbart entsprechende Zielvorgaben mit den Eigenbetrieben und wirkt auf eine Interkulturelle Öffnung der Betriebe/Einrichtungen mit kommunaler Beteiligung hin. ▪ Fortbildungen, Beratung, Informations- und Fachveranstaltungen zu den Themen Interkulturelle Öffnung und Interkulturelle Kompetenz.
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbildungsförderung ▪ Diskriminierungsfreie Einstellungsverfahren ▪ Richtlinien für Beförderung und Teilnahme an Fortbildungen ▪ allgemeine Zugangsvoraussetzungen ▪ Begleitung und Beratung bei der Prozess- und Strategieentwicklung ▪ Netzwerke und Bündnisse
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Oberbürgermeister ▪ Amtsleiter/Fachämter ▪ Personalabteilung

¹³ Stellenausschreibungen enthalten die Formulierung: Bewerbungen von Bewerber*innen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht/ oder besser: „Wir wertschätzen Vielfalt und begrüßen daher alle Bewerbungen – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion/Weltanschauung, Behinderung, Alter sowie sexueller Orientierung und Identität“

	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Personalrat ▪ Verantwortliche der Eigenbetriebe ▪ Gleichstellungsbeauftragte ▪ Integrationsbeauftragte
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anteil der Beschäftigten und Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben und kommunalen Einrichtungen. ▪ Anzahl der Teilnehmenden an Fortbildungen zur Interkultur.

2.6.3 Sprach- und Kulturmittler

Für jeden Zugewanderten aus dem Ausland ist eine möglichst gute Beherrschung der deutschen Sprache unerlässlich, da sie die Grundvoraussetzung für eine gelungene Integration bildet. Trotz allem kommt es in Beratungssituationen immer wieder vor, dass die Deutschkenntnisse der Migrant*innen nicht ausreichen, um hier wirksam unterstützen zu können. Häufig kommen dann so genannte „Laiendolmetscherdienste“ zum Einsatz, die nicht selten von den eigenen, meist minderjährigen Kindern übernommen werden. Diese „Notlösung“ erweist sich jedoch gerade bei sensiblen Beratungsgesprächen als besonders problematisch und ist deshalb zu vermeiden.

Um die Kommunikation mit Migrant*innen im Behördenkontakt zu verbessern hat sich in vielen Kommunen der Einsatz professioneller Sprachmittlung bewährt. Die Stadt fördert bereits seit vielen Jahren ehrenamtliche Sprach- und Kulturmittler verschiedener Vereine und Institutionen in der Stadt. Die Qualität der Sprachmittlung konnte bei diesen Angeboten nicht komplett nachvollzogen werden. 2019 entschied sich die Stadtverwaltung die Sprach- und Kulturmittlung nur noch bei einem Träger zu fördern welcher auch Qualifizierungen und Fortbildungen im Sinne der Städtischen Richtlinie zur Förderung von Sprach- und Kulturmittlung (SKM) vornimmt. Die Qualifizierung der Sprach- und Kulturmittler wird in Zusammenarbeit mit ISA e.V. durchgeführt und bietet somit einen gleichbleibend hohen Standard der ehrenamtlich tätigen Sprach- und Kulturmittler. Die Koordination der SKM findet in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung statt und somit können auch aktuelle Informationen und Bedarfe schnell an die SKM gelangen.

2.7 Besondere Verantwortung für geflüchtete Menschen

Krisen in aller Welt führen dazu, dass Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen und Zuflucht im Ausland zu suchen. In Frankfurt (Oder) leben Migrant*innen, die in ihrem Herkunftsland verfolgt oder vom Krieg bedroht wurden und es deshalb verlassen haben. Sie genießen den Status eines anerkannten Asylberechtigten oder Flüchtlings nach der Genfer Flüchtlingskonvention bzw. sie leben hier als

Asylbewerber*innen oder Ausländer*innen mit einem humanitären oder geduldeten Aufenthaltsrecht sowie als Ausländer*in ohne gültigen Aufenthaltstitel.

Sie alle eint die Hoffnung auf ein neues Leben in Sicherheit und Würde.

Nicht wenige der Flüchtlinge waren in ihren Heimatländern und/oder auf der Flucht Opfer von psychischer, physischer oder sexueller Gewalt. Aufgrund der dramatischen und strapaziösen Ereignisse im Heimatland und auf der Flucht leidet eine nicht unerhebliche Zahl von Migrant*innen auch lange nach dem Eintreffen in Deutschland unter erheblichen psychischen Störungen und/oder Erkrankungen.

Hinsichtlich der Einbeziehung und Integration insbesondere von Asylbewerber*innen in das gesellschaftliche Leben der Stadt bestehen rechtliche Defizite. Es ist abhängig vom Aufenthaltsstatus der Personen inwieweit sie eine Arbeit aufnehmen, eine Ausbildung beginnen oder am Sprachkurs teilnehmen können. Die Folge davon ist, dass dieser Personenkreis bislang nur unzureichend von den bestehenden Angeboten der Integrationsförderung erfasst werden kann. Das betrifft insbesondere auch den Bereich der Sprachförderung von Migrant*innen, die noch keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Von den unterrichtsintensiven Angeboten wie den Integrationskursen und den berufsbezogenen Deutschkursen des ESF-BAMF-Programms ist dieser Personenkreis weitgehend ausgeschlossen. Die Teilnahme auf eigene Kosten ist irrelevant, zumal dieser Personenkreis in der Regel nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt. Es ist zwingend geboten, den genauen Bedarf zu ermitteln und hier entsprechende Angebote zu schaffen.

Die Mehrzahl der Asylbewerber*innen, die in der Stadt Frankfurt (Oder) vom Land zugewiesen werden, erhalten zunächst Wohnraum in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber*innen in Seefichten, deren Betreiber derzeit der Trägerverein Internationaler Bund ist.

Daneben nimmt die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen und deren sozialpädagogische Betreuung durch Beschäftigte der Stadtverwaltung und Migrationssozialarbeitende eine tragende Rolle ein. Die Umsetzung der Unterbringung ist in einem Konzept¹⁴ festgehalten welcher aktuell fortgeschrieben wird. In der Fortschreibung des Integrationskonzeptes wird das Handlungsfeld Wohnen und Unterbringung wohlmöglich ergänzt werden.

2.7.1 Leitziel, Teilziele und Maßnahmen besondere Verantwortung für Geflüchtete

Leitziel	▪ Geflüchtete finden in Frankfurt (Oder) Schutz und Sicherheit vor Krieg Verfolgung
-----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------

¹⁴ 16/SVV/0703 „Konzept zur Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt Frankfurt (Oder)“

Teilziele	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Geflüchtete sollen am gesellschaftlichen Leben in Frankfurt (Oder) teilhaben. ▪ Ein Netzwerk verschiedener Akteur*innen in der Stadt entwickelt gemeinsame Strategien und Maßnahmen, die den Geflüchteten eine Rückkehr in die Normalität des Lebens ermöglichen. ▪ Geflüchtete ohne gültigen Aufenthaltstitel erhalten in der Stadt Frankfurt (Oder) eine angemessene Versorgung.
Strategien/ Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorhalten eines Sprachkursangebotes für Geflüchtete, die nach der Integrationskursverordnung von einer Teilnahme an einem bundesfinanzierten Integrationskurs ausgeschlossen sind. ▪ Etablierung von lokalen Angeboten zur Traumata-Bewältigung durch qualifiziertes Fachpersonal, unterstützt durch die Verwaltung. ▪ Sensibilisierung des Fachpersonals in Kindertagesstätten, Schulen, Behörden und Beratungseinrichtungen zum Umgang mit Geflüchteten und ihren speziellen Bedarfslagen. ▪ Entwicklung von Modellen zur besseren Gesundheitsversorgung. ▪ Ausbau der sozialpädagogischen Betreuung von Geflüchteten. ▪ Professionalisierung der Migrationssozialarbeit. ▪ Bedarfsgerechte Versorgung von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten. ▪ Die zielgruppengerechte Grundversorgung wird gewährleistet. ▪ Sicherstellung der Zugänge zu Regeldiensten für Geflüchtete. ▪ Abbau von Vorurteilen durch transparente Berichterstattung über die Maßnahmen zur Aufnahme von Geflüchteten. ▪ Erhöhung des Demokratieverständnisses, Antidiskriminierung und Aufklärungsarbeit sowohl bei Geflüchteten als auch bei der Aufnahmegesellschaft. ▪ Stärkung der vorhandenen Ressourcen durch Fortbildungen, Wissenstransfer und interkommunale Zusammenarbeit. ▪ Die Stadt setzt sich aktiv für das Einwerben von Förder- und Drittmitteln für die Arbeit mit Geflüchteten ein und erbringt erforderliche Eigenanteile. ▪ Die Stadt stärkt das Ehrenamt im Bereich der Flüchtlingshilfe. ▪ Schulung von Sozialarbeitenden der Stadt und der Träger sozialer Einrichtungen auf die Erkennung und den richtigen Umgang mit queeren Geflüchteten. ▪ Erstellung eines Konzeptes zum Umgang mit besonders Schutzbedürftigen geflüchteten Personen. ▪ Gezielte Unterbringung queerer Geflüchteter in eigenen dezentralen Unterkünften z. B. in einer eigenen WG für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, Inter* und queere Personen oder idealer Weise in eigenen Wohnungen. Es wird darauf geachtet, dass diese Personen

	<p>nicht in Wohnverbänden oder wohnverbundähnlichen Unterkünften untergebracht werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausarbeitung einer Informationsbroschüre in verschiedenen Sprachen als Handreichung mit Beratungs- und Anlaufstellen für LSBTIQ*. ▪ Festlegung eine*r Ansprechpartner*in für queere Geflüchtete und Belange in Frankfurt (Oder).
Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorhandenes Erfahrungswissen der verschiedenen Akteur*innen aus der regionalen und überregionalen Flüchtlingsarbeit ▪ Vorhandene Netzwerke ▪ Fördermittel (Kommunal, Landes-, Bundes-, EU-Mittel) ▪ Infrastruktur (z.B. Wohnen, Kita, Schule) ▪ Deutungsmächtige Akteure
Partner*innen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Amt für Jugend und Soziales ▪ Bürgerbüro ▪ Ausländerbehörde ▪ Gesundheitsamt ▪ Träger der Gemeinschaftsunterkunft ▪ Integrationsbeauftragte ▪ Eigenbetriebe und kommunale Einrichtungen
Indikatoren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Anzahl der Geflüchteten, die an einem Sprachkurs teilnehmen oder in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis stehen ▪ Teilnahme an Fortbildungen durch Fachkräfte ▪ Inanspruchnahme von Beratung im KI durch Geflüchtete

3 Evaluation und Fortschreibung

Jedes Konzept bedarf einer regelmäßigen Evaluation und Fortschreibung. Auch das vorliegende Integrationskonzept bietet mit den erarbeiteten Maßnahmen viele sich daraus ableitende Erfolgsindikatoren an. Es gilt die aktuellen Zahlen eines Jahres mit den Zahlen der Folgejahre in den Vergleich zu setzen.

Dazu soll ein jährlicher Bericht mit Einschätzungen zu Maßnahmenumsetzung und Zielerreichung anhand der definierten Indikatoren dienen. Es können darin Schwerpunkte in den Handlungsfeldern bzw. Themenjahre festgelegt werden. In den Berichten wird über umgesetzte Maßnahmen und Strategien berichtet, gleichwohl werden damit verbundene Indikatoren erhoben bzw. evaluiert. Im jährlichen Bericht werden auch Einlassungen zu bestimmten Themen erfolgen, wenn diese im betreffenden Jahr besonders prägnant waren. Die jährlichen Berichte werden von der Integrationsbeauftragten verfasst, und umfassen Aktivitäten sämtlicher Akteure im

Integrationsbereich, vor allem im Integrationsnetzwerk THINK als auch des Integrationsbeirates.

Alle vier Jahre wird das Konzept mit grundsätzlicher Maßnahmenüberprüfung fortgeschrieben. Auch die Fortschreibung erfolgt mit einer breiten gesellschaftlichen Beteiligung, um die Akzeptanz, Zielorientierung und Verantwortlichkeit von vornherein zu gewährleisten.

4 Übersicht Frankfurter Beratungs- und Unterstützungsangebote

Beratungsstellen

advisory centres/ centra informacyjne

Wichtige Ansprechpartner für Ausländer, Migrantinnen und Migranten sowie für Menschen, die Geflüchteten helfen und bei der Integration von Ausländern unterstützen möchten.

- **Ausländerbehörde**

Logenstraße 7
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 5523307
E-Mail: abh@frankfurt-oder.de



Leistungsspektrum: Erteilungen, Verlängerungen und Änderungen von Aufenthaltstiteln

- **Amt für Jugend und Soziales**

Abteilung Soziales und Wohnen

Logenstraße 8
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 552 5000
E-Mail: jugendundsoziales@frankfurt-oder.de



Leistungsspektrum: Angebote von Leistungen zur sozialen Sicherung für hilfebedürftige Bürger (Wohnhilfe, Wohngeld, Bildung und Teilhabe, Eingliederungshilfe, Obdachlosenunterkunft)

Abteilung Jugend, Familie, Soziale Dienste

Logenstraße 8
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 552 5000
E-Mail: jugendundsoziales@frankfurt-oder.de



Leistungsspektrum: Förderung der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern in besonderen

Lebenssituationen, Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, Erziehungsberatung und sozialpädagogische Familienhilfe

Abteilung Kommunales Integrationszentrum

Heinrich-von-Stephan-Straße 2

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335552 5180

E-Mail: info-ki@frankfurt-oder.de



Leistungsspektrum: Beratungszentrum für alle Zugewanderten oder Ratsuchenden mit Migrationshintergrund; Migrationssozialarbeit; Hilfe bei Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeit (Projekt „Vielfalt als Chance“), Migrationssozialberatung, Fachberatungsdienst

- **Integrationsbeauftragte der Stadt Frankfurt (Oder)**

Logenstraße 8

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 5521330

E-Mail: integration@frankfurt-oder.de



Leistungsspektrum: Entwicklung, Initiierung und Betreuung von Projekten und Akteuren rund um das Thema Integration in Frankfurt (Oder), individuelle Beratung

- **IB Berlin-Brandenburg gGmbH**

Region Brandneburg Südost

Jugendmigrationsdienst

Große Scharrnstraße 18

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 2849680

E-Mail: jmd-frankfurt-oder@ib.de

Julita.Wagner-Krawczyk@ib.de

Internet: www.internationaler-bund.de/standort/207543/



Angebote: individuelle Integrationsbegleitung von jungen Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren; Hilfestellungen bei Bewerbungen für Ausbildung, Studium und Arbeit; Suche nach Schul-, Studien- und Ausbildungsplätzen; Hilfe bei Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen; Unterstützung zu Antragstellungen bei Behörden und Ämtern; Orientierung in der Behördenstruktur; ...

- **Gesundheitsamt**

Logenstraße 6

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 5525301

E-Mail: gesundheitsamt@frankfurt-oder.de



Leistungsspektrum: Gesundheitsvorsorgeuntersuchung, Schuleingangsuntersuchung, Babybesuchsdienst, Beratung zu übertragbare Krankheiten, Schwangerschaftsberatung,

- **Standesamt**

Marktplatz 1
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 5523400
E-Mail: standesamt@frankfurt-oder.de



Leistungsspektrum: Geburtsbeurkundung, Sterbefallbeurkundung; Eheschließung; Vaterschaftsanerkennung; Namensänderung; Einbürgerung

- **Sport- und Schulverwaltungsamt**

Goepelstraße 38
15234 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 552 4000
E-Mail: schulverwaltungsamt@frankfurt-oder.de



Leistungsspektrum: Erstattung des Elternanteils für Schulbücher, Erstattung anteiliger Unterkunfts- und Verpflegungskosten an Azubis bei notwendiger auswärtiger Unterbringung, Fahrkostenerstattung für anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler

- **Bundesagentur für Arbeit Frankfurt (Oder)**

Heinrich-von-Stephan-Straße 2
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0800 4555500
Internet: www.arbeitsagentur.de/frankfurt-oder



Leistungsspektrum: Arbeitslosengeld I, Vermittlung in Arbeit und Ausbildung, Berufs- und Studienberatung, Berufsinformationszentrum, Weiterbildungsberatung...

- **Jugendberufsagentur**

Heinrich-von-Stephan-Straße 2
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0800 4555500
E-Mail: frankfurt-oder.jugendberufsagentur@arbeitsagentur.de
Internet: www.jba.frankfurt-oder.de



Leistungsspektrum: Orientierung zu Ausbildungs- und Studienrichtungen für Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 Jahren, Förderung der beruflichen und sozialen Integration, Beratung und Förderung der beruflichen Weiterbildung, Bildungs- und Teilhabepaket

- **Jobcenter**

Gartenstraße 5
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 5701234
E-Mail: Jobcenter-Frankfurt-Oder@jobcenter-ge.de



Internet: www.jobcenter-ge.de/Jobcenter/Frankfurt-Oder

Leistungsspektrum: Leistungen ALG II, Integration in Arbeit oder Ausbildung, Beratung und Förderung zu beruflichen Fort- und Weiterbildungen, Bildung und Teilhabe,

- **bbw - Akademie für betriebswirtschaftliche Weiterbildung**

Potsdamer Straße 1-2
15234 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 5569404

E-Mail: info@bbw-ostbrandenburg.de

Internet: www.bbw-gruppe.de



Angebot: Projekt: „IQ Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung“ -Erstberatung und Orientierung für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, Verfahrensbegleitung, Qualifizierungsberatung, Beratung zu Anerkennungsverfahren, ...

- **DAREconsulting**

Buschmühlenweg 3
15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 500 886 86

E-Mail: info@dareconsulting.de

Internet: www.dareconsulting.de



Angebot: Beratung zu allen Fragen rund um die Beschäftigung von internationalen Fachkräften: Einreise, Aufenthalt, Deutsch am Arbeitsplatz, Fördermöglichkeiten, Weiterbildung zur interkulturellen Kommunikation, Konfliktmanagement

- **Caritas Verband Region Brandenburg-Ost**

Leipziger Straße 39
15232 Frankfurt (Oder)

Internet: www.caritas-brandenburg.de



Angebot: Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte, Erziehungs- und Familienberatung für Geflüchtete, Migrationssozialarbeit als Fachberatungsdienst, Koordination Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe, ...

- **Pro Familia**

Ferdinandstraße
15230Frankfurt(Oder)
Telefon:0335325365

E-Mail: frankfurt-oder@profamilia.de

Internet: www.profamilia.de/angebote-vor-ort/brandenburg/frankfurt-oder.html



Angebot: Familienplanung,
Schwangerschaftskonfliktberatung

sozialrechtliche

Schwangerenberatung

- **Frauenberatungsstelle I Häusliche Gewalt**

Johanniter Unfall Hilfe e.V.

Leipziger Straße 53/54

15232 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 – 40 123 300

E-Mail: frauenhaus-frankfurt.odls@johanniter.de

Internet: www.johanniter.de



Angebot: Zielgruppe: von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder
24-stündige telefonische Erreichbarkeit, Beratung und Begleitung,
Vermittlung in weiterführende Hilfeangebote, Nachgehende
Beratung, Pro-Aktive Beratung, Hilfe zur Selbsthilfe,
Zufluchtsangebot: Unterbringung in einer Zufluchtswohnung
(Aufnahmen rund um die Uhr), Koordination der Unterbringung in
anderen Frauenhäusern

- **Kinder- und Jugendnotdienst „Break“**

(pewobe gGmbH)

Lindenstraße30

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0800 4357063

Internet: www.pewobe-ffo.de



Angebot: für Kinder und Jugendliche zwischen 0 und 17 Jahren, telefonische und persönliche
Beratung, wenn nötig vorübergehende Unterkunft und Hilfe bei der Klärung von Problemen,
...

- **IHK – Projektgesellschaft mbH**

Puschkinstraße 12b

15236 Frankfurt (Oder)

Telefon: 335 56 21-2000

E-Mail: projekt@ihk-projekt.de

Internet: <https://www.ihk-projekt.de>



Leistungsspektrum: Unterstützung bei der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen,
Vermittlung von Einstiegsqualifizierungen und Praktika, Beratung zu geeigneten
Sprachförderungen, Unterstützung bei Anerkennungsverfahren im dualen Bereich,
Nachqualifizierung und Vorbereitung auf die Externenprüfung

- **HWK - Handwerkskammer Frankfurt (Oder)**

Bahnhofstraße 12

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 56190

E-Mail: info@hwk-ff.de

Internet: www.hwk-ff.de



Leistungsspektrum: Ausbildungsberatung und Hilfestellung bei Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, Projekt „Willkommenslotse“ – Beratung, Unterstützung und Begleitung von Flüchtlingen und Asylbewerber mit dem Ziel der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, Projekt „Abenteuer Arbeitswelt“ – Coaching, Begleitung und Integration von jungen Erwachsenen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, Projekt Berufsorientierung für Geflüchtete (BOF) – praxisnahe Berufsorientierung, Sprachförderung und Integration in Betriebe (Praktika)

- **Verbraucherzentrale Brandenburg e.V. - Beratungszentrum Frankfurt (Oder)**

Deutsch-Polnischen Verbraucherinformationszentrum (VIZ)

Karl-Marx-Straße 179-180

15230 Frankfurt (Oder)

Telefonische Terminbuchung unter: 0331 / 98 22 999 5

(Mo bis Fr 9-18 Uhr)

Online-Terminbuchung

unter:

www.verbraucherzentrale-brandenburg.de/terminbuchung

Internet: www.verbraucherzentrale-brandenburg.de

Angebote für Migrant*innen: www.verbraucherzentrale-brandenburg.de/migranten

verbraucherzentrale

Brandenburg

Angebote: persönliche, telefonische oder Onlineberatung rund um Digitales, Rundfunk & Telekommunikation, Finanzen und Versicherungen, Reise & Freizeit, Energie, Bauen & Wohnen, Verträge & Reklamation, Lebensmittel & Ernährung, deutsch-polnische Verbrauchertemen Beratung mit Telefondolmetschern in 20 Sprachen möglich Beratungen auf Polnisch erhalten Verbraucher*innen beim Deutsch-Polnischen Verbraucherinformationszentrum.

- **Paritätisches Sozial- und Beratungszentrum gemeinnützige GmbH**

Fachstelle SUCHT Frankfurt (Oder)

Am Holzmarkt 4a

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 680 27 35

E-Mail: info@suchtberatungffo.de

Internet: www.suchtberatungffo.de



Angebote: Information, Beratung, Begleitung, Vermittlung, Gruppen –

für Menschen mit schädlichem und/ oder abhängigem Konsumverhalten (legale und illegale Substanzen, pathologisches Glücksspiel, exzessive Mediennutzung) und deren Bezugspersonen

- **RAA Brandenburg**

Niederlassung Frankfurt (Oder)
Wieckestraße 1 A
(im Nebengebäude über den Schulhof)
15230 Frankfurt/Oder
Telefon: 0335 500 9663
E-Mail: frankfurt@raa-brandenburg.de
Internet: www.raa-brandenburg.de



Angebote: Muttersprachlicher Unterricht für Kinder mit Migrationshintergrund, Beratung und Unterstützung von Migrant*innenselbstorganisationen, Beratung und Fortbildung für Integrationsakteure (Kitas, Schulen und andere öffentliche Einrichtungen)

Sprachkurse

language courses/ kursy językowe

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

Georg-Quincke-Straße 1
15236 Frankfurt (Oder)

Internet: www.bamf.de

Inhalt und Ablauf von Integrationskursen:

<http://www.bamf.de/DE/Willkommen/DeutschLernen/Integrationskurse/InhaltAblauf/inhaltablauf-node.html>



Anbieter von Integrations Sprachkursen in alphabetischer Reihenfolge

- **bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg GmbH**

Potsdamer Str. 1-2
15234 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 5569404

Internet: www.bbwo-stbrandenburg.de



Angebot: Intensivsprachkurse, Integrationskurse, Integrationskurse mit Alphabetisierung, Wiederholerkurse, intensive Vorbereitung auf die Sprachprüfung

- **DAA Frankfurt (Oder)**

Ziegelstraße 38
15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 5564164



Internet: www.daa-ffo.de

Angebot: Integrationskurse, Integrationskurse mit Alphabetisierung, Wiederholerkurse, Berufssprachkurse nach § 45a AufenthG, Deutsch für Flüchtlinge

- **Internationaler Bund Berlin-Brandenburg gGmbH/ Region Brandenburg Südost**

Südring 59

15236 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 5551402

Internet: www.internationaler-bund.de



Angebot: Integrationskurse, Integrationskurse mit Alphabetisierung, Wiederholerkurse, Berufssprachkurse

- **Nestor Bildungsinstitut**

Carthausplatz 1

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 50080984

Internet: www.nestor-bildung.de



Angebot: Integrationskurse, Integrationskurse mit Alphabetisierung, Wiederholerkurse, Berufssprachkurse nach § 45a AufenthG, Zweitschriftlernerkurs

- **Volkshochschule Frankfurt (Oder)**

Gartenstraße 1

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 542025

Internet: www.vhs-frankfurt-oder.de



Angebot: Deutschkurse für Ausländer, Einbürgerungstest, Prüfungen (A1 – C2) mit Zertifikat, offenes Lerncafé

Kultur und Bildung

Culture and education/ Kultura i edukacja

Anbieter in alphabetischer Reihenfolge

- **MehrGenerationenHaus MIKADO Stiftung SPI**

Franz-Mehring-Straße 20

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 3871890

E-Mail: mikado@stiftung-spi.de

Internet: www.mikado-ffo.de



Angebot: Jugendclub "Knigges Nightmare", „Internettreff e.V.“, Kontaktcafé als sozialer Treffpunkt, verschiedene Kursangebote für jede Altersgruppe, (Fitnesskurse, Reha-Sport, Schneiderei, Keramikwerkstatt, Tanzgruppen, Russischunterricht für Kinder und vieles mehr), ...

- **Miteinander Wohnen e.V.**

Berliner Straße 38
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 4002123
E-Mail: miteinander-wohnen@gmx.de
Internet: www.miteinander-wohnen-ffo.de



Angebot: Projekt „Begleitetes Wohnen“, Lernhilfezentrum, Nachbarschaftstreff, niederschwellige offene Beratungen mit Verweis auf Netzwerkpartner

- **Puerto Alegre e.V.**

Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Straße 20
15230 Frankfurt (Oder)
Tel.: 0335 530285
E-Mail: verein@puertoalegre.de
Internet: www.puertoalegre.de



Angebot: Begegnungszentrum für Menschen verschiedener Generationen, Anschauungen und Lebensweisen; Organisation und Beteiligung an Veranstaltungen, politischen Aktionen und Kampagnen; Weltladen mit fair gehandelten Produkten; ...

- **Slubfurt e.V.**

Güldendorfer Straße 13
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0171 2668747
E-Mail: arttrans@arttrans.de
Internet: www.slubfurt.net
<https://www.facebook.com/brueckenplacmostowy/>
<http://www.slubfurt.net/slubfurt-profil-magazin-2019/>



Angebot: Begegnungsorte (Radio Slubfurt, interkulturelles Zentrum „Brückenplatz“), vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten und Projekte (Begegnungscafé, Fahrradwerkstatt, Urban Gardening, Free Shop) ...jeder kann seine eigene Idee einbringen.

- **Stadt- und Regionalbibliothek Frankfurt (Oder)**

Bischofstraße 17
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: 0335 549852
E-Mail: verwaltung@srbffo.de
Internet: www.kultur-ffo.de/bibliothek.php



Angebot: breites Informations- und Medienangebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

- **StadtSportBund Frankfurt (Oder) e.V.**

Paul-Feldner-Straße 7
15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 60688887

E-Mail: info@ssb-ffo.de

Internet: www.ssb-ffo.de/



Angebot: Beratung und individuelle Vermittlung zu Sportvereinen in Frankfurt (Oder) und [Slubice](#)

- **Utopia e.V.**

Berliner Straße 24
15230 Frankfurt (Oder)

E-Mail: utopia-ffo@riseup.net

Internet: www.utopiaffo.noblogs.org



Angebot: verschiedene Freizeitangebote; antifaschistische, antirassistische und emanzipatorische Jugend-, Bildungs- und Kulturarbeit

- **Verbündungshaus „fforst“**

Forststraße 4
15230 Frankfurt (Oder)

E-Mail: verbuendungshausfforst@gmail.com

Internet: www.fforst.net



Angebot: internationales Hausprojekt, Organisation und Durchführung von kulturellen Events und Workshops für Menschen jeglicher Herkunft

- **Vielfalt statt Einfach – für ein freundliches Frankfurt (Oder) e.V.**

Neue Straße 3
15234 Frankfurt (Oder)

E-Mail: thomas.klaehn@vielfalt-statt-einfalt-frankfurt-oder.org

Internet: www.vielfalt-statt-einfalt-frankfurt-oder.de



Angebot: ehrenamtlicher Deutschunterricht, Durchführung und Unterstützung von Projekten zur Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten für Geflüchtete und Frankfurter Bürger

- **Volkshochschule Frankfurt (Oder)**

Gartenstraße 1
15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 542025

Internet: www.vhs-frankfurt-oder.de



Angebot: Kursangebote in verschiedenen Rubriken (Politik, Umwelt, Gesellschaft, Kunst und Gestalten, Computer und Beruf, Gesundheit und Sport, 2. Bildungsweg, Sprachen)
Grundbildungszentrum: Lerncafé, „Lesen und Schreiben für Erwachsene“

- **Viadrina College**

Große Scharrnstraße 59

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 55342462

E-Mail: college@europa-uni.de

Internet: www.europa-uni.de/welcome



Angebot: Fachliche, sprachliche und methodische Studienvorbereitung für Geflüchtete im Bereich der Wirtschaftswissenschaften sowie Förderung von geflüchteten Frauen im Rahmen vom Projekt „Female Refugees“ (z.B. Frauencafé)

Übersetzungsdienste/ Sprachmittler

translation services/ usługi tłumaczeniowe

Anbieter von Übersetzungsbüros und Sprachmittlern in alphabetischer Reihenfolge

- **ARUS Sprachendienst GbR**

Immenweg 7

15234 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 86898887

E-Mail: arus.mail@t-online.de

Internet: www.arus-online.de



Angebote: Simultandolmetschen, Konsekutivdolmetschen, Verhandlungsdolmetschen, Urkundenübersetzungen, sonstige beglaubigte Übersetzungen, Fachübersetzungen

- **Dolmetscherbüro Firma DIAS**

Ulmenweg 2

15234 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 4015596

E-Mail: dobethomas@yahoo.de

Internet: www.dolmetscheragentur.de



Angebot: beglaubigte Übersetzungen in nahezu allen Weltsprachen

- **Intertreff e.V.**

Franz-Mehring-Straße 20
15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 2802468

E-Mail: kontakt@intertreff-ev.de

Internet: www.mikado-ffo.de/index.php/angebote/erwachsene/intertreff-e-v.html



Angebot: Sprachbegleitung nach Vereinbarung (osteuropäische Sprachen)

- **Miteinander Wohnen e.V.**

Berliner Straße 38

15230 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 4002123

E-Mail: miteinander-wohnen@gmx.de

Internet: www.miteinander-wohnen-ffo.de



Angebot: Kultur- und Sprachmittlerpool, Sprachbegleitung nach Vereinbarung (polnisch, deutsch, englisch, französisch, russisch, ukrainisch, arabisch, türkisch)

- **Pex Fremdsprachendienst GmbH**

Leipziger Straße 43

15232 Frankfurt (Oder)

Telefon: 0335 7433870

E-Mail: post@pex-sprachen.de

Internet: www.pex-sprachen.de

Angebot: Dolmetscher, allgemeine und Fachübersetzungen in allen Sprachen, Gerichtsdolmetscher